

86.1. - 86.3.

17. Mai

7.

Dr. S./Fa.

An den

Verantwortlichen Redakteur der "Roten Fahne"

Herrn F. Hexmann

Wien IX.,

Pramergasse Nr. 6.

Auf Grund des § 23 Pr.G. ersuche ich Sie im Vollmachtenamen des Herrn **K a r l K r a u s**, Herausgebers der Fackel, um Aufnahme der folgenden Berichtigung der meinen Mandanten betreffenden, in Ihrem am Freitag den 13. Mai 1927, Nr. 112, Seite 2, unter dem Titel "Eine Frechheit der 'Wipag'". Sie verweigert die Plakatierung eines Aufrufes von **K a r l K r a u s** erschienenen Artikel behaupteten Tatsachen, in der im Pressgesetz vorgeschriebenen Weise :

Es ist unwahr, dass **K a r l K r a u s**, " dem ganz fraglos durchdringende Scharfsichtigkeit in allen Dingen literarischer und sonstiger Korruption zugesprochen werden muss, es seit einigen Jahren trotzdem für geraten hielt, der Sozialdemokratischen Partei Gefolgschaft zu leisten." Wahr ist, dass **K a r l K r a u s** keiner Partei Gefolgschaft geleistet hat und leistet. Wahr ist, dass er, soweit die Sozialdemokratische Partei gegen Krieg und Kriegsgewalt Stellung nahm, diese Haltung anerkannt hat. Wahr ist, dass er auf wiederholte Einladungen der Sozialdemo-

egenfahne:

Aufgabefchein.

Dr.

262

Schlichter
Dermert:

Schicht

Recht

Stachnahme

Gebühr



(Handwritten mark)



17. Mai

7.

Dr. S./Fa.

kratischen Kunststelle ~~so~~ sowie auch einzelner Arbeitervereine mit der grössten Bereitwilligkeit und aus Zuneigung zur Arbeitersache Vorträge zu Gunsten von Fürsorgezwecken der Arbeiterschaft gehalten hat. Wahr ist, dass er der Arbeitersache Gefolgschaft geleistet hat und leistet.

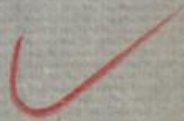
X Sie schreiben : " Nunmehr ist der Sozialdemokrat K a r l K r a u s mit der sozialdemokratischen ' Wipag ' zusammengestossen." Es ist unwahr, dass K a r l K r a u s Sozialdemokrat ist oder war, wahr ist, dass er keiner politischen Partei angehört und nie einer solchen angehört hat. ✓

Es ist unwahr, dass ihm " die Sozialdemokratie zwecks Unterzeichnung des Fritz Grünbaum-Aufrufes eifrig-allerdings auch vergebens- nachgelaufen ist : K a r l K r a u s hatte die Selbstachtung, diesen Aufruf nicht zu unterschreiben ... "

Wahr ist, dass ~~Herr~~ ^{Verfasser} K a r l K r a u s nie aufgefordert wurde, jenen Aufruf zu unterschreiben, offenbar aus dem Grunde, weil man der Verweigerung seiner Unterschrift von Aufrufen sicher war.



Kraus-Wipag (Rote Fahne)



26. Mai

7

Dr. S./Fa.



Aufgabebefehle.

Gegenfano:

Dr.

1981

an

Handwritten name

in

Handwritten address

Selbster
Dienst:

Handwritten initials

Wert		Gehalt		Nachnahme		Gebühr	
S	ℳ	kg	ℳ	S	ℳ	S	ℳ





26. Mai

7

Dr. S./Fa.

An den

Verantwortlichen Redakteur der "Roten Fahne"

F. H e x m a n n

W i e n I X.,

Pramergasse Nr.6.

Auf Grund des § 23 Pr.G. ersuche ich Sie im Vollmachtenamen des Herrn K a r l K r a u s, Herausgebers der Fackel, um Aufnahme der folgenden Berichtigung der meinen Mandanten betreffenden, in ihrem am Freitag den 13. Mai 1927, Nr.112, Seite 2, unter dem Titel "Eine Frechheit der 'Wipag'". Sie verweigert die Plakatierung eines Aufrufes von K a r l K r a u s " erschienenen Artikel behaupteten Tatsachen, in der im Pressgesetz vorgeschriebenen Weise :

Sie schreiben : " Nunmehr ist der Sozialdemokrat K a r l K r a u s mit der sozialdemokratischen 'Wipag' zusammengestossen. " Es ist unwahr, dass K a r l K r a u s Sozialdemokrat ist oder war, wahr ist, dass er keiner politischen Partei angehört und nie einer solchen angehört hat. Wahr ist, dass er, soweit die sozialdemokratische Partei gegen Krieg und Kriegsgewalt Stellung nahm, diese Haltung anerkannt hat. Wahr ist, dass er auf wiederholte Einladungen der sozialdemokratischen Kunststelle wie auch einzelner Arbeitervereine mit der grössten Bereitwilligkeit und aus Zuneigung zur Arbei-

tersache Vorträge zu Gunsten von Fürsorgezwecken der Arbeiterschaft gehalten hat.

Es ist unwahr, dass ihm "die Sozialdemokratie zwecks Unterzeichnung des Fritz Grünbaum-Aufrufes eifrig-allerdings auch vergebens- nachgelaufen ist : K a r l K r a u s hatte die Selbstachtung, diesen Aufruf nicht zu unterschreiben... " Wahr ist, dass K a r l K r a u s nie aufgefordert wurde, diesen Aufruf zu unterschreiben.



Betr. Kraus ! Wipag

exp. am 26. Mai 1927.

17. Mai

7

Dr. S./Fa.

An den Verantwortlichen Redakteur des "Neuen Wiener Journals"

Dr. Desiderius P a p p

W i e n V.,
Zeinhofergasse 12.

Auf Grund des § 23 Pr.G. ersuche ich Sie im Vollmachtenamen des Herrn K a r l K r a u s, Herausgebers der Fackel, um Aufnahme der folgenden Berichtigung der in Ihrem der "Roten Fahne" entnommenen, unter dem Titel "Genossen unter sich. Karl Kraus, Bekessy, Eldersch und Mataja." am 14. Mai 1927 erschienenen Artikel behaupteten, meinen Mandanten betreffenden Tatsachen in der im Pressgesetz vorgeschriebenen Weise :

Es ist unwahr, dass K a r l K r a u s, "dem ganz fraglos durchdringende Scharfsichtigkeit in allen Dingen literarischer und sonstiger Korruption zugesprochen werden muss, es seit einigen Jahren trotzdem für geraten hielt, der Sozialdemokratischen Partei Gefolgschaft zu leisten." Wahr ist, dass K a r l K r a u s keiner Partei Gefolgschaft geleistet hat und leistet. Wahr ist, dass er, soweit die Sozialdemokratische Partei gegen Krieg und Kriegsgewalt Stellung nahm, diese Haltung anerkannt hat. Wahr ist, dass er auf wiederholte Einladungen der sozialdemokratischen Kunststelle sowie auch einzelner Arbeiter-

in an Gegenstand:  Aufgabebefehl Nr. 267

Dr. S./Fa.

Telefonnummer Dienst:	Stert	Gehalt	Nachnahme	Gebühr	
	S				E





17. Mai

7

Dr. S./Pa.

vereine mit der grössten Bereitwilligkeit und aus Zuneigung zur Arbeitersache Vorträge zu Gunsten von Fürsorgezwecken der Arbeiterschaft gehalten hat. Wahr ist, dass er der Arbeitersache Gefolgschaft geleistet hat und leistet.

Sie schreiben: "Nunmehr ist der Sozialdemokrat Karl Kraus mit der sozialdemokratischen 'Wipag' zusammengestossen." Es ist unwahr, dass Karl Kraus Sozialdemokrat ist oder war, wahr ist, dass er keiner politischen Partei angehört und nie einer solchen angehört hat.

Es ist unwahr, dass ihm "die Sozialdemokratie zwecks Unterzeichnung des Fritz Grünbaum-Aufrufes eifrig allerdings auch vergebens nachgelaufen ist: Karl Kraus hatte die Selbstachtung, diesen Aufruf nicht zu unterschreiben ..." Wahr ist, dass Herr Karl Kraus nie aufgefordert wurde, jenen Aufruf zu unterschreiben, offenbar aus dem Grunde, weil mander Verweigerung seiner Unterschrift von Aufrufen sicher war.



Kraus - Wipag (vln. Journal)

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Oesterreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Einzelpreis für Oesterreich, auch im Straßenverkauf 15 g. Betriebsabonnement: im Einzelverkauf 10 g. bei täglicher Zustellung im Wochenabonnement 42 g. bei täglicher Zustellung im Monatsabonnement 1 40 g. Bei täglicher Zustellung ohne Sonntagsnummer, im Monatsabonnement 1 40 g.

Für Wien: Wochenabonnement in Trafiken und Verschleißstellen 75 g. Monatsabonnement in Trafiken und Verschleißstellen 3 20. Für Provinz: Monatsabonnement mit Postzustellung 3 20. Ausland: Deutschland 6 20, Bulgarien 140 Lewa, Tschechoslowakei 20 Kč, Italien 16 Lire, Polen 3 Zloty, Schweiz 5 Schweizer Franken, übriges Ausland 5 Schweizer Franken.

Redaktion: IX., Pratergasse 6, Telefon II-2-54. Parteilerverkehr: Von 4 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends (Telefon vor 4 Uhr nachmittags 30-3-85). Administration und Expedition: VIII., Bezirk, Alserstrasse 69, Telefon 20-3-86. Erscheint täglich um 6 Uhr früh mit Ausnahme des Montags.

Nr. 112

Wien, Freitag, 13. Mai 1927

10. Jahrgang

Wie russischer Gewerkschaftler in Genf spricht

„Hinter den idyllischen Gesprächen über Klassenfrieden verbirgt sich eine neue Offensive gegen die Arbeiterklasse“

Die nachstehende Rede des russischen Gewerkschaftlers Lebsse ist ein Dokument für das Verhalten eines revolutionären Gewerkschaftsführers angesichts einer Gesellschaft von Unternehmern und Kapitalisten, ihrer Regierungsvertreter und ihrer reformistischen Arbeitervertreter. Wie eine Bombe platzt die Rede Lebses in die Fiedensschalmeien und in das Gerede über Klassenfrieden und Klassenharmonie hinein. Er reißt Jouhaux, diesem reformistischen Gewerkschaftsführer, die Larve vom Gesichte und enthüllt ihn als den Befürworter der kapitalistischen Rationalisierung und kapitalistischen Wiederaufbau. Dem Inhalt seiner Rede haben wir nichts hinzuzufügen.

Genf, 10. Mai. In der Industrie-Kommission meldete sich Genosse Lebsse vom Metallarbeiterverband der Sowjet-Union zum Wort, um den Arbeiter-Klassenstandpunkt zu vertreten. Er führte aus:

Die bisherigen Redner bemühten sich, möglichst das Kind nicht beim Namen zu nennen. Sie wollen nicht eingestehen, daß eine chronische Krise des Kapitalismus besteht. Für mich aber als revolutionären Gewerkschaftsvertreter ist eben diese Tatsache von außerordentlicher Wichtigkeit, weil die ganze Last der Krise auf die Arbeiterklasse abgewälzt wird. Alles ist einer Meinung darüber, daß die verminderte Kaufkraft der Massen an der Krise schuld sei, das heißt aber mit dürren Worten, daß

eine Massenarbeitslosigkeit und ein Massenelend

besteht. Da über die Hälfte der Bevölkerung der Industrieländer Lohnarbeiter sind, wäre es wohl selbstverständlich, daß

die Frage der Lohnerhöhung zum Zweck der Hebung der Kaufkraft der Massen gestellt wird.

Ebenso muß die Frage der Arbeitslosigkeit gestellt werden, da selbst nach Angabe des Völkerbundes

über 20 Millionen Menschen in Europa unter der Arbeitslosigkeit leiden, d. h. mehr als die Gesamtbevölkerung von London, Paris, Berlin und Brüssel zusammengekommen. Während diese Konferenz die Arbeiterklasse zur Arbeitsgemeinschaft, zur Klassenharmonie zu überreden versucht, indem sie ihr

das idyllische Bild eines Wirtschaftsfriedens

ausmalte, wird in Wirklichkeit auf die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern ein verstärkter wirtschaftlicher und politischer Druck ausgeübt. Ich will nur an einige Tatsachen erinnern. Seit der Washingtoner Konferenz sind nunmehr acht Jahre verstrichen. Aber

die Konvention über den Achtstundentag ist noch nicht ratifiziert.

Im Gegenteil ist der Achtstundentag in den meisten kapitalistischen Ländern durch Regierungsverordnungen und andere Maßnahmen der Unternehmer beschnitten worden.

In Italien besteht der Neunstundentag. In Deutschland arbeiten bestimmte Kategorien der Braunkohlenarbeiter z. B. 10 1/2 Stunden.

In England wurden die Bergarbeiter durch den Hunger gezwungen, statt sechs Stunden unter Tag sieben bis acht Stunden zu arbeiten, während gleichzeitig auch noch ihr Lohn gekürzt wurde, und die Arbeitslosigkeit, die über eine Million beträgt, gestiegen war.

Diese kapitalistische Politik kann nur zur weiteren Herabsetzung der Kaufkraft der Massen führen. Um diese Maßnahmen gegen die Arbeiter durchzuführen, wurden in verschiedenen kapitalistischen Ländern

die Gewerkschaftsrechte eingeschränkt

ja völlig aufgehoben. Ich erinnere nur an das Beispiel Bulgariens, Rumäniens und Italiens. Die bulgarische Regierung hat durch ihr Gewerkschaftsgesetz die gewerkschaftlichen Rechte und das Streikrecht eingeschränkt. Im norwegischen Parlament wurde ein Zwangsschlichtungsgesetz eingebracht, das ebenfalls das Streikrecht beschränken soll. In Hamburg und Leipzig haben deutsche Gerichte die von den Gewerkschaften proklamierten Streiks in der Textilindustrie verboten. Das sind Tatsachen, und diese Tatsachen, meine Herren, sind hart.

Das sind keine idyllischen Gespräche über den Wirtschaftsfrieden, über die Klassenharmonie.

Nichts derartiges folgt aus diesen Tatsachen.

Hier wird auch die Frage der Rationalisierung angeschnitten.

Aber was bedeutet jetzt die kapitalistische Rationalisierung für die Arbeiterklasse?

Doch nur eine erhöhte Ausbeutung, Herabsetzung des Anteils der Arbeiter an den Produkten, Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Deshalb sind die Arbeiter verpflichtet, gegenüber der kapitalistischen Rationalisierung auf der Hut zu sein und ihr gegenüber Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit bis auf sechs Stunden zu fordern. Hier soll

die Frage der internationalen Kartelle

ebenfalls diskutiert werden. Diese Kartellierungen führen aber unbedingt unter allen Umständen zu Preiserhöhungen. Ich erblicke in der Kartellierung eine Form des monopolistischen Kapitalismus, mit allen seinen gefährlichen sozialen und politischen Auswirkungen, die ihn charakterisieren. Durch diese Kartelle führt das Unternehmertum seine Offensive gegen die Werktätigen.

Was ist also zu tun, angesichts dieser Krise und dieser Tatsachen?

Der einzige Ausweg

den ich sehe, ist die Nationalisierung der hauptsächlichsten Zweige der Industrie.

Nur auf diesem Wege könnte die europäische Industrie im Interesse der Massen der Bevölkerung wirklich entwickelt werden. Als unerlässlich betrachten wir die folgenden Maßnahmen:

1. Wiederherstellung des achtstündigen Normalarbeitstages und des

Stichstundentages für die Bergarbeiter, die Schwerarbeiter und die gesundheitsschädlichen Berufe.

2. Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen auf der ganzen Linie.

3. Eine staatliche Versicherung der Arbeitslosen derart, daß die Erwerbslosen mindestens die Hälfte des Lohnes der qualifizierten Arbeiter erhalten.

4. Sicherung der vollen Freiheit der Gewerkschaftsbewegung und des uneingeschränkten Streikrechtes.

Auf andere Weise kann der Absatzmarkt, kann die Kaufkraft der Massen nicht gehoben werden, kann also auch die allgemeine Wirtschaftskrise nicht gemildert werden.

Ich spreche hier als einziger Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsbewegung

auf dieser Konferenz. Und ich

unterscheide mich von Jouhaux und seinen Kollegen darin, daß sie, im Gegensatz zu uns, das kapitalistische System prinzipiell anerkennen und die Unternehmer dazu »überreden« wollen, Lohnerhöhungen zu bewilligen, weil dies — im Interesse des kapitalistischen Systems zur Milderung der Krise beitragen würde. Wir aber sind der Auffassung, daß kein Unternehmer freiwillig den Lohn erhöht, um die Kaufkraft der Massen zu heben.

Da hilft kein Zuredesystem.

Weder seitens der bürgerlichen, noch seitens der sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretiker.

Jouhaux

der in puncto Klassenzusammenarbeit ein sehr fähiger Mitarbeiter ist, hat in seiner Rede versucht, ein illusionistisches Bild des Wirtschaftsfriedens zwischen Kapital und Arbeit zu entwerfen. Er ermahnte zur Einigkeit zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse und behauptete, daß diese Einigkeit möglich wäre.

Er hat nur vergessen, hinzuzufügen, auf wessen Kosten denn dieser Frieden ermöglicht werden soll.

Wer soll nachgeben, wer soll zahlen und wer gewinnen? Wenn man die Versuche in der Vergangenheit unvoreingenommen beurteilt, so muß man doch anerkennen, daß

die Arbeitsgemeinschaft

immer und immer wieder nur den Klasseninteressen der Unternehmer zugute kommt, während die Arbeiterklasse als Gegenleistung nur eine planmäßige Verschlechterung ihrer Lage zu verzeichnen hat. Nach der gestrigen Rede des französischen Kapitalistenvertreters muß man annehmen, daß sich hinter diesen gegenseitigen Liebenswürdigkeiten

eine neue Offensive gegen die Arbeiterklasse verbirgt

Ich folgere aus der ganzen Lage, daß nicht Klassenharmonie, sondern die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, die Einheit der Arbeiterklasse auf der Grundlage des Klassenkampfes unsere Parole sein muß. Nur dadurch wird die Arbeiterklasse ihre Lage verbessern können.

Ein Ruck nach rechts Das neue Ministerium

Mit dieser Losung zog Seipel in den Wahlkampf. Das Ende war ein unbestreitbarer Wahlsieg der Sozialdemokratischen Partei, also scheinbar ein Ruck nach links.

Und doch hat Seipel mit seiner Losung recht behalten. Denn er, der klassenbewußte Führer der Bourgeoisie, weiß sehr genau und richtet sich entschlossen danach, daß nicht die Abstimmungsergebnisse, sondern Machteinsetz entscheidet. Das Ergebnis der Wahlen ist trotz der zweifelsohne durch die Wahl herbeigeführten Niederlage Seipels dennoch ein Ruck nach rechts. Diese Tatsache wird durch das neue Ministerium ausgedrückt werden.

Der gestrige Tag brachte die zwischenparteilichen Verhandlungen, die Seipel mit dem Landbund über die Regierungsbildung führte, zu einem Abschluß, der so gut wie endgültig ist. Der Landbund erhält die Stelle des Vizekanzlers, die Großdeutschen werden sich mit dem neugeschaffenen Justizministerium und dem Handelsministerium begnügen.

Was hat diese Veränderung der Regierung zu besagen? Zunächst fällt die Tatsache ins Auge, daß ein neues Ministerium geschaffen wird, das Justizministerium, dessen Agenden bisher vom Vizekanzleramt ausgeführt wurden. Als seinerzeit das Justizministerium aufgelassen wurde, begründete man es mit Ersparungsmaßnahmen. Seither ward die entsetzliche Sanierungsaktion Seipels durchgeführt.

Der Generei fielen zehntausende Beamtenfamilien zum Opfer, unsägliches Elend brachte die Ersparungspolitik Seipels für Hunderttausende mit sich, dieselbe Ersparungspolitik, zu deren Ruhme seinerzeit auch das Justizministerium aufgelassen wurde. Und nun, da ein starkes Gedränge unter den bürgerlichen Politikern entstanden ist, hat Seipel genügend Geld, um ein selbständiges Justizministerium einzurichten. Das ist die zunächst augenfälligste Eigentümlichkeit der neuen Regierung.

Aber nicht die wichtigste Entscheidung an der Regierungsbildung ist die Selbstverständlichkeit, mit welcher eine ausgesprochene rechtsradikale Partigruppierung, wie der Landbund das zweitwichtigste Ressort, das Vizekanzleramt, ausgeliefert bekommt. Denn der Landbund, die Partei der radikalen Großbauern und der scharfmacherischen Hausbesitzer, ist eine rechtsradikale Partei! Sein unmittelbares Programm ist die Beschleunigung der »zweiten Sanierung« durch rascheste Erhöhung der agrarischen Zölle und die schneidige Attacke auf den Mieterschutz. Dieses Programm ist nunmehr offizielles Regierungsprogramm.

Wie ist es möglich, daß nach dem eklatanten Wahlsieg der Sozialdemokratischen Partei die Seipelsche Regierungspolitik noch weiter nach rechts rückt? Für den einfachen Verstand liegt da wohl ein unerklärlicher Widerspruch zwischen dem Abstimmungsergebnis und seinem nächsten realen Effekt, der Regierungsbildung. Es ist unzweifelhaft in die Hand der Sozialdemokratie gegeben, die Zusammensetzung der Regierung zu beeinflussen; es war dies im alten Parlament möglich und im neuen ist dies wohl noch unbestreitbarer. Man denke nur an die Tatsache, daß eine bloß parlamentarisch geführte Aktion der steirischen Sozialdemokratie ausreichte, um die Wahl Rintels zum Landeshauptmann zu verhindern. Im neuen Parlament, einige Wochen nach einem bedeutenden Wahlsieg, ist

die Sozialdemokratie natürlich noch weit mehr in der Lage, die Provokation eines landbündlerischen Vizekanzlers, die Provokation der Auslieferung eines entscheidend wichtigen Amtes an einen offenen Vertreter der Zollräuber und der Hausherren zu verhindern.

Aber Seipel — und das ist das Bedeutendste an der Regierungsneubildung — weiß sehr genau, daß auch die verstärkte sozialdemokratische Parlamentsfraktion ihn an einer Fortsetzung, ja, auch an einer Verschärfung seiner bisherigen Politik absolut nicht verhindern wird. Die klassenbewußte Bourgeoisie Oesterreichs schätzt die Sozialdemokratie eben richtiger ein, als es die große Mehrheit der österreichischen Arbeiter heute noch tut.

In einer Woche wird das Parlament die neue Regierung wählen. Es wird dies eine Regierung sein, die einen effektiven Rechtsruck darstellt. In einer Woche wird das parlamentarische Spiel der SPOe. — rednerische Opposition und faktische Unterstützung der rechten Regierung — von neuem zu laufen beginnen.

Es liegt allein an der Arbeiterschaft, eine unausgesetzte Verschärfung des Regierungskurses zu verhindern! Die sozialdemokratischen Führer denken auch

nach einem Wahlsieg nicht daran!

Die offiziöse Meldung

In den gestrigen Verhandlungen gelang es dem Bundeskanzler, die Landbündler für ein anderes als das Landwirtschaftsministerium zu gewinnen. Die Großdeutschen verzichteten zugunsten der Landbündler auf den Posten eines Vizekanzlers, welchen die Landbündler zugebilligt erhalten. Das Justizministerium wird von dem Bundeskanzleramt losgelöst und Dr. Dinghofer anvertraut. Noch nicht klar ist die Entscheidung, ob auch das Innenministerium vom Bundeskanzleramt losgelöst und dem Vizekanzleramt angegliedert werden soll. In dieser Frage wurde der Polizeipräsident Schöber befragt, der eine Stunde lang mit Bundeskanzler Seipel konferierte. Dies bezüglich wird noch weiter verhandelt. Die Landbündler werden erst Dienstag abends ihre endgültige Stellungnahme bekanntgeben. Ob der Kärntner Landeshauptmann Schumy oder der steiermärkische Landespräsident Hartwig die Funktion eines Vizekanzlers übernehmen wird, ist noch nicht entschieden. Am 18. d. M. erfolgt der formelle Rücktritt der Regierung, am 19. d. M. erfolgt die Neubildung.

„Kommunistische Arbeiter — eineinhalb Millionen Menschen rufen Euch“

Eine Antwort an die Adresse der „Gleichheit“

Mit dem obigen Titel wendet sich die „Gleichheit“ Nr. 18 an die 16.000 »abgeirrten Brüder« mit der Hoffnung, daß sie den Ruf hören werden. Die »Gleichheit« spricht aber die »abgeirrten Brüder« im gleichen Artikel mit den Worten Verbrecher, Judasse, Leichenfledderer, Phrasen usw. an. Die »Gleichheit« schreibt dann weiter:

»Sie, die kommunistischen Arbeiter, müssen sich die Frage vorlegen, ob man in den kommenden Kämpfen zwischen Marxismus und Antimarxismus zum Nutzen der Feinde abseits der großen Sozialdemokratischen Partei stehen darf.«

Darauf unsere Antwort: Die Sozialdemokratie hat von ihrem Wahlauftritt angefangen, bis zu ihren Wahlplakaten an die Kaufleute, Gastwirte den ganzen Sozialismus im Wahlkampf über Bord geworfen. Die »Gleichheit« schrieb in ihrer Nummer 15:

»Das Volk von Deutschösterreich steht vor einer großen Entscheidung. Am 24. April geht es nicht mehr wie sonst bei Wahlen um verschiedene Programme mehrerer Parteien, nicht um nationale, religiöse, sozialistische und andere Fragen —

sondern es ginge um sozialdemokratische Aufbauarbeit oder christlichsozial-großdeutsche Korruptionswirtschaft. Auch die Bourgeoisie urteilt so, daß die sozialdemokratische Kommunalpolitik nichts mit Sozialismus zu tun hat. Das bürgerliche »Wiener Neustädter Wochenblatt« schrieb am 20. April:

»In verschiedenen Staaten Europas gab es schon sozialdemokratische Regierungen, aber hat auch nur eine — die Bolschewiken sind keine Sozialdemokraten — daran gedacht, die marxistischen Ideen von der kommunistischen Wirtschaftsordnung durchzuführen?«

Die Sozialdemokratische Partei, so schreibt es, sei eine Partei der Ordnung, das zeige auch die Gemeindepolitik in Wien und Wiener-Neustadt:

»Es wäre auch in einem nach bürgerlichen Grundsätzen verwalteten Gemeinwesen denkbar, so zu arbeiten.«

In dem Artikel die »Marxistische Gefahr« desselben Blattes wird die Sozialdemokratie weiter gelobt:

»Die Einheitsliste maß alle möglichen Schreckgespenster an die Wand. Nichts als Wahlköder! Denn die angeblichen Gefahren beziehen nicht, selbst wenn die Sozialdemokratische Partei einen durchschlagenden Sieg erringen würde. Aus dem sozialdemokratischen Wahlprogramm ersieht man übrigens, daß es durchaus nicht marxistisch gemacht ist, denn es verspricht großzügige Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe.«

Die »Gleichheit« soll sich erst von dem Lob der Bourgeoisie reinwaschen. Von allen »sozialistischen Geistern« ver-

lassen ist sie, wenn sie weiter schreibt: »Wie klassenfeindlich sind doch öde Richtungstreitigkeiten. Wenn solche schon durch die hervorragende Vorpostenstellung . . . unserer großen Partei beantwortet sind.«

Vorübergehende Mehrheit, oh du liebe »Gleichheit«, entscheidet nicht dauernd für verwerfliche, reformistische Grundsätze.

Die »Gleichheit« berechnet, daß die Sozialdemokratie 35.000 Stimmen in Niederösterreich neu gewonnen hat. Trotzdem verlor sie ein Mandat. Wer ist dran schuld? Natürlich die Kommunisten. In Wirklichkeit trägt die Sozialdemokratie selbst die Schuld daran, denn sie selbst wirkte an der Ausschüttung des famosen Reststimmenvorgahrs mit, sie selbst setzte die Mandatszahl um fünf herab, damit die kleineren Parteien niemals Mandate erreichen können. So schlug sich die Sozialdemokratie mit den eigenen Waffen.

In den Gemeinderat zog zum erstenmal ein Hakenkreuzler ein. Kein einziger Arbeiter stimmte für diesen Kreuzhaxler. Die Wiener-Neustädter deutsch-nationalen »Nachrichten« schrieben selbst, daß sie in keinem einzigen Arbeitersprengel auch nur eine einzige Stimme erhielten. Nicht die Kommunistische Partei, wohl aber die Sozialdemokratie verhalf den Hakenkreuzlern zum Sieg, den sie verfolgte die Kommunisten, aber ließ die Hakenkreuzler ruhig ihre Wahlarbeit verrichten.

Deswegen sei unsere Antwort an die »Gleichheit«:

Euch lobt die Bourgeoisie, während sich gegen uns der ganze Haß der Bourgeoisie wendet. Von den sozialdemokratischen Arbeitern trennt uns nur eine nicht allzu lange Zeit, bis sie erkennen, daß die Sozialdemokratie den Boden des Klassenkampfes verlassen hat! (Arb.-Korr.)

Ein einfaches Mittel für Herrn Dr. Gruener

Der Herr Dr. Gruener hört nicht auf, die Öffentlichkeit zu beschäftigen und auf die Flecken der sozialdemokratischen Sonne aufmerksam zu machen. Dieser Kerl, der noch immer verantwortlicher Funktionär der österreichischen Sozialdemokratie ist, wurde, wie erinnerlich, am 11. Februar von der bürgerlichen Mehrheit des Tiroler Landtages in den Bundesrat entsendet, obwohl die sozialdemokratische Fraktion, der das betreffende Mandat verfassungsmäßig zur Verfügung stand, einen anderen Kandidaten nominierte.

Es gibt, Herr Dr. Gruener, ein außerordentlich einfaches und wirkungsvolles Mittel, dem Standpunkt Ihrer Partei zur Geltung zu verhelfen: Legen Sie sofort Ihr Landtagsmandat zurück und dann sind Sie jedweder Versuchung enthoben!

Gemeindewohnungen für die Ziegelarbeiter

Jeder, der die Berichte über die menschenunwürdige, verklavte Lebensführung der Ziegelarbeiter liest, ist vom tiefsten Mitgefühl für diese ausgebeuteten Proleten erfüllt. Es gibt wohl kaum noch eine Kategorie von Arbeitern in Oesterreich, die in einem solchen

Hörigkeitsverhältnis zu den Unternehmern stehen,

wie die Ziegelarbeiter. Der entscheidendste Umstand, der den Ziegelbaronen eine so brutale Gewalt über die Ziegelarbeiter verschafft, ist

die Wohnung.

Die Häuser und Hütten, in denen die Ziegelarbeiter wohnen, sind Fabriks-eigentum. Die Ziegelarbeiter unterliegen, was Kündigung, Hausordnung, Miete, Wohnungszuweisung usw. betrifft, vollkommen den Ziegelbaronen.

Die Direktion der Leopoldsdorfer Ziegelwerke beantwortet den Streik der Ziegelarbeiter mit einer Massenkündigung.

Das Drucksystem ist in Oesterreich beiseitigt, welches dem Unternehmer die Möglichkeit gab, durch Betriebskantine, Betriebskonsum, die Arbeiter indirekt untertan zu machen und ihn auf die beste Art nicht nur bei der Produktion, sondern auch beim Konsum auszubeuten. Bei den Ziegelbaronen besteht so

eine Art von Drucksystem in Form der Betriebswohnungen

weiter. Um die Ziegelarbeiter aus der schrecklichen Abhängigkeit von den Ziegelbaronen herauszureißen, ist eine Aenderung der Wohnungsfrage unbedingt notwendig.

Diese Aenderung könnte durch den Bau von Gemeindewohnungen herbeigeführt werden.

Die Gemeinde Wien könnte entweder in Inzersdorf selbst oder am äußersten Rande des Gemeindebereiches Wien,

Eine Frechheit der »Wipag«

Sie verweigert die Plakatierung eines Aufrufes von Karl Kraus.

In Wien lebt, schreibt und spricht — einem großen Teil der Arbeiterbevölkerung unbekannt, aber jedem Intellektuellen irgendwie vertraut — Karl Kraus, ein eigensinniger, im Grunde durchaus bourgeois Schriftsteller und Zeitkritiker. Da er dem Bürgertum seit jeher ein Problem ist, ist er es auch der sozialdemokratischen Führerschaft, in deren Reihen die Stellung zu Karl Kraus wahrhaftig eingehender und liebevoller diskutiert wurde als etwa die Möglichkeiten einer Beseitigung der Wiener Obdachlosigkeit. Karl Kraus, dem ganz fraglos durchdringende Scharfsichtigkeit in allen Dingen literarischer und sonstiger Korruption zugesprochen werden muß, hielt es seit einigen Jahren trotzdem für geraten, der Sozialdemokratischen Partei Gefolgschaft zu leisten; einer jener Widersprüche, die Kraus mit etwas seltsamem Stolz als Qualität ausgibt.

In Wien wirkt, geleitet von der sozialdemokratischen Stadtregierung, das Plakatierungsinstitut »Wipag«. Alle Wiener Plakatwände gehören dieser Monopolfirma, die seit einiger Zeit einen frechen Machtfimmel bekommen hat: Sie erlaubt sich Zensurrechte, indem sie die Plakatierung von Plakaten mit ihr nicht genehmem Inhalt einfach verweigert.

Nunmehr ist der Sozialdemokrat Karl Kraus mit der sozialdemokratischen »Wipag« zusammengestoßen. Kraus hat einen Aufruf drucken lassen, in welchem der Erpresser Bekessy niedriger gehängt und ganz berechtigt auf den Umstand verwiesen wird, daß sowohl die Sozialdemokratische als auch die Christlichsoziale Partei mit dem Schuft Bekessy verhandelt waren, was auch die Ursache für die eklige Dienstfertigkeit ist, mit welcher vom Bund und von der Stadt Wien — also von Christlichsozialen und von Sozialdemokraten — die Strafsache Bekessy vertuscht und verborgen wird. Kraus weist in seinem Aufruf darauf hin, daß nur Parteien, die mit einem Eldersch oder mit einem Mataja belastet sind, geeignete Objekte eines Erpressers werden können. Kraus hat den Aufruf der »Wipag«

draußen in Favoriten, Gemeindewohnungen für die Ziegelarbeiter errichten und dadurch in zweierlei Hinsicht den Ziegelarbeitern dienen. Erstens eine gesunde Wohnung, die ihm von seinen Unternehmern unabhängig macht. Zweitens eine Regelung der Lohnfrage durch

verstärkte Einflußnahme auf jene Unternehmungen, bei denen sie für den Wiener Wohlbau Ziegel be-

stellt.

Schwieriger gestaltet sich der Bau von Gemeindewohnungen in den weitentlegenen Orten, wie Leopoldsdorf u. a. Die arme Proletariatsgemeinde ist natürlich nicht in der Lage, dort einen größeren Wohnungsbau durchzuführen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion müßte darum in Niederösterreich in Form

eines Dringlichkeitsantrages die Subventionierung eines kommunalen Wohnbaues durch das Land

in diesen Orten ermöglichen.

Die Aufgabe proletarisch verwalteter Gemeinden ist es, den Arbeitern in den sozialen Kämpfen zu helfen. Nur kommunale Wohnungen für die Ziegelarbeiter können sie aus dem unerhörten Hörigkeitsverhältnis gegenüber den Ziegelbaronen befreien.

Gesammelte Streikunterstützungen für die Ziegelarbeiter

Für die streikenden Ziegelarbeiter im Gewerkschaftssekretariat eingelangt: Genossin Berta Brauntal 10 S.; Angestellte des Parteisekretariats 14 S.; Jugendgruppe XI 5 S.; zusammen 29 S.; bereits ausgewiesen 45 S.; zusammen 74 S. Das Geld wird dem Zentral-Streikkomitee der Ziegelarbeiter überwiesen. Genossen und Genossinnen! Sammelt sofort in allen Betrieben und liefert die gesammelten Gelder an das Gewerkschaftssekretariat der KPOe. ab.

mit dem Plakatierungsauftrag übergeben. Die »Wipag« hat sich mit Rücksicht auf die angedeuteten Angriffe gegen die Sozialdemokratische Partei geweigert, dem Auftrag nachzukommen!

Kraus hat nun einige Plakate in Buchhändlerschaufenstern aushängen lassen. Dort wirken sie angesichts der »Wipag«-Frechheiten noch stärker als sie es an den Plakatwänden täten.

Damit wird es aber nicht abgetan sein. Es ist für das Prestige einer Partei, die mit töndendem Pathos gegen die »undemokratischen Unterdrückungsmethoden« der Bolschewiki auftritt, etwas zu riskant, mit frechen Zensurstückerin überster Art Andersgesinnte zu gewalttätigen; gefährlicher für den »guten internationalen Ruf« der SPOe. wird diese Frechheit noch durch den Umstand, daß sie im mitgeteilten Falle »einen Führer des geistigen Wien« trifft, dem die Sozialdemokratie zwecks Unterzeichnung des Fritz-Grünbaum-Aufrufes eifrig — allerdings auch vergebens — nachgelaufen ist. Man könnte meinen, daß es sich überhaupt um einen schäbigen Racheakt handelt; Karl Kraus hatte nämlich die Selbstachtung, diesen Aufruf nicht zu unterschreiben . . .

Schamlose Russlandsprovokation durch die ergl. c. n. Regierung

London, 12. Mai. Das Reutersche Büro meldet: Die Polizei hat heute in den Räumlichkeiten der in der City befindlichen Allrussischen Genossenschaftsvereinigungen eine eingehende Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Räumlichkeiten der russischen Handelsdelegation, die das Recht der diplomatischen Immunität für sich in Anspruch nimmt, wurden von der Durchsuchung verschont. Es wurde keine Verhaftung vorgenommen. Ein starker Polizeihordon bewachte die Tore und gestattete niemandem den Eintritt während der Hausdurchsuchung, die für die russische Gesandtschaft eine Ueberraschung bildete, da diese von der bevorstehenden Hausdurchsuchung gänzlich ununterrichtet war.

Rote Fahne 13.5.1927 S. 2

Die Konferenz der Kleinen Entente

Paris, 12. Mai. »Petit Parisien« meldet, daß die bevorstehende Konferenz der Kleinen Entente neben aktuellen politischen Fragen auch solche Fragen berate, die wirtschaftspolitische Angelegenheiten betreffen, wie Verhandlungen über eine Zolltarifrevision der Handelsverträge zwischen den drei Staaten, Verbesserung der Eisenbahn- und Schiffsverbindungen zwischen den drei Ländern und insbesondere auch den Vorschlag Rumäniens, seinen beiden Alliierten in den Donauhäfen und am Schwarzen Meer Freizonen einzuräumen, wo diese für ihren Handel und ihre Industrie Warendepots errichten können.

Der italienisch-jugoslawische Konflikt

Belgrad, 12. Mai. Die dem Außenminister nahestehende »Prawda« stellt mit gewisser Besorgnis fest, daß die Kampagne der italienischen Presse gegen Südslawien nicht aufhöre. Im Augenblick, da die Welt erwarte, daß die südslawisch-italienischen Verhandlungen über die Beilegung des albanischen Konfliktes beginnen, habe überdies der gewesene italienische Außenminister Schanzer an Mussolini eine Interpellation über die Verletzung der Konventionen von Santa Margherita und Rapallo, des Minderheitenschutzvertrages und der Konsularkonvention durch Südslawien überreicht. Die Interpellation sei nicht ohne Vorwissen und Genehmigung Mussolinis erfolgt. Italien wolle dadurch offenbar die Verhandlungen mit Südslawien erschweren.

Kampf um das Nachtbackverbot in der Tschechoslowakei

In der Tschechoslowakei wurde bisher ab 5 Uhr morgens mit der Arbeit in den Bäckereien begonnen. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat nun einen Erlaß herausgegeben, demzufolge der Beginn der Nachtarbeit in den gewerblichen Bäckereien ab 4 Uhr morgens erlaubt wird. Zum Protest gegen diesen Erlaß treten heute die Bäckerarbeiter von Groß-Prag in einen allgemeinen eintägigen Streik. Der Aktionsausschuß der Bäckerarbeiterorganisation in Prag hat auch die Streikanordnung an die Provinzorganisationen übermittelt. In einem Aufruf an die Arbeiterschaft wird erklärt, daß der Erlaß des Ministeriums gegen den Willen und ohne Zustimmung der Gewerkschaftsorganisationen zustande gekommen sei.

Lohnbewegung in der Metallindustrie Ungarns

Folgenden Bericht entnehmen wir, so wie den gestrigen Bericht »Die Kupferschmiede für die internationale Gewerkschaftseinheit« dem Internationalen Metallarbeiterbulletin Nr. 3/4.

In den großen Metallwerken haben die Metallarbeiter Aktionen um Erhöhung der Löhne eingeleitet. In einigen Fabriken ist die Lohnbewegung mit Erfolg beendet worden. Bei der Budapester Automobil-Verkehrs A. G. haben die Arbeiter

nach achttägigem Kampf 10 Prozent Lohnerhöhung erreicht.

Die Metall- und Messingmöbelarbeiter haben 12 Prozent Lohnerhöhung bekommen. In der Metallfabrik Henry Lapp erhielten die Arbeiter 10 Prozent Lohnzulagen. Zahlreiche Lohnbewegungen der Metallarbeiter sind außerdem im Gange.

Die österreichischen Metallarbeiter, die unbestritten Hungerlöhne beziehen, eine große, starke Organisation haben und zum Großteil am 1. Mai den Wahlsieg der Sozialdemokraten gefeiert haben, können in den seltensten Fällen solche Erfolge erzielen, als sie ihre Arbeitsbrüder im reaktionären Ungarn erzielt haben. An diesem Beispiel ersehen die Arbeiter wieder, daß, wie die Kommunisten während des Wahlkampfes feststellten, für den Erfolg im Klassenkampf nicht der Stimmzettel, sondern vor allem der außerparlamentarische Kampf entscheidend ist.

Die Kommunistische Partei Großbritanniens zum Antigewerkschaftsgesetz

Das Polbüro der Kommunistischen Partei Großbritanniens veröffentlicht folgende Erklärung:

Dadurch, daß die Konferenz der Gewerkschaftsexekutive den Vorschlag, einen Generalstreik gegen das Antigewerkschaftsgesetz der Tory-Regierung vorzubereiten, abweist,

hat sie den ersten wesentlichen Schritt zurückgewiesen, die kapitalistische Offensive zu brechen, deren nacktester und unverschämtester Ausdruck dieses Gesetz bis jetzt ist.

Der Beschluß, sich nur auf eine Propagandakampagne

innerhalb und außerhalb des Parlaments zu konzentrieren, ist tatsächlich eine Mitteilung an die Kapitalisten, daß die Gewerkschaften und die Führer der Arbeiterpartei die Arbeiter nicht organisieren werden, um das Gesetz in dem Sinne zu bekämpfen, wie es die Torys fürchten, und daß diese deshalb ruhig weiter gehen können.

Alles Gerede von der Aufhebung dieses Gesetzes durch die nächste Arbeiterregierung ist

nichts als Bluff

aus dem Munde der jetzigen Arbeiterführer, die ganz genau wissen, daß, wenn die Gewerkschaften zerstört oder sehr geschwächt werden, wie es das Gesetz beabsichtigt, dann die Chancen einer Arbeiterregierung ungemein weit hinausgeschoben werden.

Die Kommunistische Partei zögert daher nicht, den Arbeitern zu sagen, daß die Konferenz der Exekutiven — mit ganz wenig ehrenvollen Ausnahmen — eine Verschwörung war, um Baldwin zu helfen und nicht ihn zu bekämpfen.

Sie erklärt, daß alle Vorschläge, das Gesetz durch Propaganda zu »bekämpfen«, ein aufgelegter Schwindel an der Arbeiterschaft seien, die den Zweck haben, die Kapitalisten nicht zu erschrecken, sondern die Massen dadurch zu betrügen, daß man dem Gesetze einen Scheinwiderstand leistet.

Die Weigerung des Generalrates, der Konferenz eine Resolution zu unterbreiten, die Aktionen fordert, um die Zurückziehung der Truppen aus China zu erzwingen, zeigt weiter die Entschlossenheit der jetzigen Gewerkschaftsführer, die Kapitalisten gegen die Arbeiter zu unterstützen.

Der Angriff auf die chinesischen Arbeiter und Bauern durch den britischen Imperialismus ist untrennbar von seinen Angriffen auf die britische Arbeiterschaft. Eine Aktion, um dem revolutionären China zu helfen, wäre eine ungeheure Unterstützung des Kampfes der Arbeiter in Großbritannien, da dadurch die Schwierigkeiten der britischen Kapitalisten und ihrer Regierung erhöht würden.

Die Kommunistische Partei hebt hervor, daß die Verhandlungen auf dieser Konferenz die Notwendigkeit beweisen, daß die Arbeiter jede Gelegenheit benutzen, diese falschen Führer loszuwerden und auf ihren Platz ehrliche Kämpfer zu stellen.

Gleichzeitig erklärt die Kommunistische Partei, daß die Arbeiter einen Sieg der Kapitalisten verhindern können,

trotz der Verbündeten der Kapitalisten unter den Arbeiterführern, wenn sie selbst aktive Schritte unternehmen, um die Entscheidung der Konferenz der Exekutiven rückgängig zu machen.

Ein Aktionsrat in jeder Stadt, der die organisatorische und propagandistische Vorbereitung für einen Generalstreik zu treffen hat; Arbeiterverteidigungskorps; Abmachungen mit den Genossenschaften, Fabrikkomitees, eine Kampagne zur hundertprozentigen Erfassung aller Arbeiter in den Gewerkschaften.

Diese Maßnahmen werden den Kapitalisten und ihren »Arbeiter«-helfershelfern zeigen, daß die Arbeiter einen wirklichen Kampf gegen das Antigewerkschaftsgesetz beabsichtigen.

Neben diesen Vorbereitungen in den verschiedenen Orten fordert die Kommunistische Partei die Arbeiter auf, durch ihre Gewerkschaftsgruppen und Gewerkschaftsexekutiven darauf zu drängen, daß

eine neue Konferenz der Exekutiven mit einer Massenvertretung von den Gewerkschaftsräten,

die unter dem Drucke der Massen die verätherischen Beschlüsse der gestrigen Konferenz umstoßen und einen wirklichen Kampf gegen das Gesetz, gegen die kapitalistische Offensive und gegen die Tory-Regierung beginnen soll.

Der Rote Frontkämpferbund soll verboten werden

Der Stahlhelmtag als Vorwand

Der preußische Innenminister Grzesinski führte anlässlich der ersten Beratung des Polizeibeamtengesetzes über den Stahlhelmtag folgendes aus:

„Für mich kam ein Verbot nicht in Frage, aber bei der sich vor allem in Berlin manifestierenden Intoleranz gegenüber anders Denkenden, die auf höchste zu beklagen ist, werden durch diese Demonstrationen Anforderungen an die Polizeibeamtenschaft gestellt, die neben deren Überlastung auch unverhältnismäßige Kosten hervorrufen. Der Stahlhelmtag hat rund 100.000 Mark (das sind 1,5 Milliarden Kronen) gekostet. Der Rote Frontkämpfertag des vorigen Jahres kostete 35.000 Mark. Im Interesse der Polizeibeamten und vielleicht auch des Ansehens der Reichshauptstadt Berlin wäre noch zu erwägen, ob in Zukunft Demonstrationen in Berlin noch geduldet werden können, solange es zu ihrer Durchführung wegen der Unduldsamkeit politisch anders Denkender ein so starker polizeilicher Schutz nötig ist.“

Das also ist das Resultat, das der sozialdemokratische Innenminister Preußens aus der Veranstaltung des Stahlhelmtages zieht. Es sollen die Kundgebungen der Arbeiterschaft, denn um solche handelt es sich vor allem, überhaupt verboten werden. Als Vorwand dazu soll der Stahlhelmtag dienen, dessen Veranstaltung die Sozialdemokraten mit so viel Anstrengung schützten. Damit wird aber auch das ganze

Gerede über die Verfassung über den Haufen geworfen, die angeblich ein Verbot einer so reaktionären Kundgebung, wie die des Stahlhelms, unmöglich gemacht hätte. Die Bemerkungen Grzesinskis haben aber noch einen tieferen politischen Sinn. Am Vortage des Stahlhelmtages wurde

die Hakenkreuzlerorganisation Brandenburgs aufgelöst.

Gegen die überholte hitlerianische reaktionäre Bewegung ging man dem Schein halber vor, um dafür den Stahlhelm umso tatkräftiger stützen zu können. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß das Verbot der Hakenkreuzlerorganisation von Brandenburg unter anderem nur zu dem Zwecke geschah,

um auch die Rote Frontkämpferorganisation in ganz Deutschland zu verbieten.

Die Auflösung der Hakenkreuzlerorganisation soll dann den Anschein des gleichen Rechtes gegenüber der äußersten Linken und der äußersten Rechten wahren. Eine Organisation der Reaktion, auf die sich die Bourgeoisie nicht mehr stützt, wird aufgelöst, um die Abwehrorganisationen der Arbeiterschaft ins Herz treffen zu können. Die Entscheidung in dieser Frage drängt sich schon in der allernächsten Zeit heran.

Zu Pfingsten hat der Rote Frontkämpferbund Deutschlands große Kundgebungen einberufen.

Bis dahin wird es sich zeigen, ob die

preußische und die Reichsregierung, gestützt auf die Sozialdemokratische Partei und dem unvermeidlichen »Vorwärts«, ihre Absichten in die Tat umzusetzen gedenkt. Eines ist aber sicher: die deutsche Arbeiterschaft Berlins, die den Stahlhelm Spießruten laufen ließ, wird nicht dulden, daß ihre Schutzorganisation aufgelöst wird.

Gerichtssaal

Dr. Plaschkas und Alexander Weisz

In der sozialistischen Zeitung »Der jüdische Arbeiter« war ein Artikel mit der Überschrift »Edle Seelen« erschienen, in welchem Dr. Plaschkas vorgeworfen wurde, daß er persönliche Beziehungen zu Alexander Weiß habe, und daß Weiß durch Dr. Plaschkas mit der »Wiener Morgenzeitung« in Verbindung stehe. In dem Artikel wurde auch behauptet, daß die beiden Genannten »geistig nahestehend« seien. Wegen dieses Artikels hatte sich über Klage Dr. Plaschkas der verantwortliche Schriftleiter der Zeitung »Der jüdische Arbeiter« Dr. Glanz vor dem Richter des Strafbezirksgerichtes I Hofrat Dr. Hofelmayr zu verantworten.

Dr. Plaschkas nahm eine ihm angebotene Ehrenerklärung nicht an und so erbot sich Dr. Glanz, trotzdem er angab, den Artikel nicht gelesen zu haben, zur Führung des Wahrheitsbeweises. Er stellte unter Beweis, daß Dr. Plaschkas wiederholt mit Alexander Weiß im Kaffeehaus zusammengekommen und sich beim Prozeß gegen Weiß als Verbindungsoffizier zwischen Weiß und dem Auditorium erwiesen habe. Für die behauptete Verbindung mit der »Morgenzeitung« konnte Dr. Glanz keinen Beweis anbieten.

Dr. Plaschkas erklärte, daß er gar keinen Grund habe, zu verschweigen, daß er mit Weiß bekannt sei, da er ein Schulkollege und Du-Freund von ihm sei. Aus dieser Bekanntschaft dürfe man jedoch eine »geistige Verwandtschaft« nicht ableiten. Der Beklagte erwiderte darauf, daß der Artikel nicht beleidigend gemeint war und mit dem »geistig nahestehend« nur gesagt werden sollte, daß Dr. Plaschkas eben so wie Weiß heftige Gegner der Sozialdemokratie seien.

Der Richter lehnte sämtliche gestellten Beweisanträge ab, erkannte den Angeklagten Dr. Glanz der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge schuldig und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 30 Schilling und weiters zur Veröffentlichung des Urteiles in seiner Zeitung.

Erst die Wehrmacht — dann der Sport

Eine interessante Entscheidung des Berufungsgerichtes.

Das Zivillandesgericht als Berufungsgericht unter Vorsitz des Hofrates Doktor Stein, hat eine sehr bemerkenswerte Entscheidung gefällt, durch die es sich auf den entgegengesetzten Standpunkt als das Erstgericht stellt. Der Sportverein »Meidlinger Sportfreunde« hat im Jahre 1920 den Reit- und Fahrplatz der Meidlinger Trainkaserna vom Bundesschatz gemietet. Der Vertrag war beiderseits vierteljährig kündbar. Im Oktober vorigen Jahres kündigte der Bundesschatz dem Sportverein das Grundstück, das von diesem als Sportplatz benutzt worden war mit der Begründung, daß dringender Eigenbedarf vorliege.

Der Beklagtenvertreter Dr. Max Fürth berief sich auf das Spielplatz-Schutzgesetz, wobei er das höhere Interesse seitens des Bundesschatzes bestritt. Das Gericht holte ein Gutachten der Landesregierung ein. Dieses fiel dahin aus, daß durch die Verwendung des Platzes zu einem Exerzierplatz der Traintruppe wohl auch dem öffentlichen Interesse entsprochen, dadurch jedoch die Zahl an Spielplätzen in Wien verringert werde, was eine weit größere Schädigung des höheren Interesses der Allgemeinheit bedeutet. Auf Grund dieses Gutachtens wies das Gericht die Kündigungsklage des Bundesschatzes ab.

Gegen dieses Urteil berief der Bundesschatz. Das Zivillandesgericht hob die erstinstanzliche Entscheidung mit folgender Begründung auf:

Man müsse der Wehrmacht vorerst Gelegenheit bieten, sich im Waffendienst auszuüben, da sie eine sofort verfügbare Organisation darstellt, welche die Sicherheit des Staates verbürgt. Die Einrichtungen zur körperlichen Ertüchtigung dienen wohl auch der Gesambevölkerung, doch muß erst die Sicherheit des Staates verbürgt sein, ehe an die Möglichkeiten des Sportes gedacht werden darf.

Die Justiz stellt sich in den Dienst des Kampfes gegen die Wohlfahrt des Volkes!

Hungersnot in Jugoslawien

Belgrad, 12. Mai. In großen Teilen der Herzegowina ist infolge der landwirtschaftlichen Krise eine Hungersnot ausgebrochen. Im Dorfe Ruzice sind drei Bauern Hungers gestorben. Auch in vielen anderen Dörfern hat die Hungersnot einen solchen Umlauf angenommen, daß viele Leute im Sterben liegen. Ein großer Teil der Bevölkerung hat nicht einmal die Mittel, um Mais zur Ernährung zu kaufen. Der Obergespan und der Kreistag haben von der Regierung dringende Hilfe erbeten, da sonst eine Katastrophe bevorstehe.

780 Menschen getötet, 365.000 obdachlos

Newyork, 11. Mai. (Wolff.) Infolge der Ueberschwemmungen im Mississippi-tale und der Stürme im mittleren Westen sind im ganzen 780 Personen getötet, 3500 verletzt und 365.000 Personen obdachlos geworden. 14.000 Quadratmeilen Landes wurden überschwemmt.

Mungesser und Coli unauffindbar

Washington, 11. Mai. (Wolff.) Die Versuche, die französischen Flieger aufzufinden, werden bis zur Mitte des Atlantischen Ozeans ausgedehnt werden. Es sollen Wasserflugzeuge verwendet werden. 20 Fahrzeuge patrouillieren bereits entlang der amerikanischen Küste. Ein Geschwader von 8 Torpedobootzerstörern ist ausgeschickt worden.

Sie drohen sich nach dem Winde . . .

Löbe über „Demokratie und Sozialismus“ im Wandel der Zeiten.

Paul Löbe, der sozialdemokratische Führer und Präsident des deutschen Reichstages, beglückt die österreichischen Arbeiter in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Mai mit einem Beitrag zur Taktik der Sozialdemokratie in Deutschland.

Löbe sagt, früher sei die deutsche Sozialdemokratie mit den Bürgerlichen in der Koalition gestanden, denn der Trennungsstrich geht nicht mehr wie ehemals: „Hier republikanisch — hier monarchistisch, sondern hier kapitalistisch — hier sozialistisch.“ Früher sei also monarchistische Gefahr gewesen, da galt es durch die Koalition mit dem Bürgertum diese Gefahr zu bannen. Jetzt, da die Gefahr beseitigt ist, müsse die SPD in die Opposition, denn es geht nun auch gegen das Bürgertum, eben: „Hier kapitalistisch — hier sozialistisch.“

Löbe macht so, als ob die Sozialdemokratie in Deutschland die Politik bestimmt hätte. Es scheint ihm, daß sich nicht — wie uns — die Sozialdemokratie nach dem Winde dreht, sondern daß sie sogar das Steuer geführt hätte. Eine kleine optische Täuschung, Herr Löbe! Wenn jemand vor einem Haus steht und sich schnell nach links umdreht, scheint es ihm auch, als ob sich das Haus nach rechts gedreht hätte. Und doch hat er und nicht das Haus sich gedreht. Die Bourgeoisie brauchte die Sozialdemokratie zunächst in der Koalition, um sich wieder in den Sattel zu setzen und die revolutionären Arbeiter zu beruhigen. Die Sozialdemokratie hat durch diese Politik fürchterliche Einbußen erlitten und will durch die Scheinopposition nach dem österreichischen Muster wieder ihr derangiertes Vertrauen herstellen. Nicht die Sozialdemokratie bestimmt die Politik der Republik, sondern die Bourgeoisie bestimmt die Politik der deutschen Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratie macht nun aus der Not eine Tugend, weil sie von der Bourgeoisie schon so weit an die Wand gedrückt wurde, daß sie aus dem letzten Loch pfeift. Und diese Wendung wird maskiert mit einer ihr aufgezwungenen Oppositionsstellung, die sie „sozialistisch“ nennt.

Die kapitalistische Staatsmaschine soll nach Löbe auch der Lehrmeister zur Erziehung der Sozialdemokraten für ihre „Staatsaufgaben“ sein. Löbe sagt: „Für die praktischen Aufgaben, die uns in den entscheidenden Tagen erwarteten, fehlte jede Vorbereitung und wenn sich auch eine Reihe tüchtiger Genossen . . . bewährte . . ., so fehlte doch das große Heer der geeigneten

Die Versammlungsfreiheit muss geschützt werden!

Versammlungsverbot wegen Störungsgefahr unzulässig — Eine grundsätzliche Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes — Das Redeverbot gegen den ehemaligen Priester Krenn

Der ehemalige katholische Priester Anton Krenn hielt im Vorjahre eine Reihe von Vorträgen über seinen Uebertritt von der römisch-katholischen Kirche zum Freidenkertum. Gelegentlich eines solchen Vortrages in Dornbirn in Vorarlberg kam es zu einer Prügelei. Krenn wollte dann noch zwei Verträge in Bregenz und Feldkirch abhalten, doch wurden ihm diese mit Rücksicht auf die Vorfälle in Dornbirn untersagt. Berufungen an die Landesregierung und an das Bundeskanzleramt blieben erfolglos.

Der Freidenkerbund, Ortsgruppe Bregenz und Feldkirch, brachte daher durch Dr. Paul Grünberg Beschwerden beim Verfassungsgerichtshof ein, in denen die Verletzung

verfassungsmäßig gewährleister Rechte der Versammlungs- und Redefreiheit

geltend gemacht wurden. Die Untersagung des Vortrages sei auf Grund des Versammlungsgesetzes vom Jahre 1867, das seither unwirksam gemacht wurde, erfolgt. Für die Behörden bestehe geradezu die Verpflichtung, die Versammlungs- und Redefreiheit einer Minorität zu schützen.

Das Bundeskanzleramt war dagegen der Ansicht,

daß das Gesetz vom Jahre 1867 unrichtig bestünde

und bloß seine Ausnahmsbestimmungen betreffend die Versammlungen unter freiem Himmel durch einen Beschluß der Nationalversammlung vom 30. Oktober 1918 derogiert wurden. Das Verbot sei mit Rücksicht auf die Ruhestörungen zu recht erfolgt.

Auch sei die Behörde nicht verpflichtet, die Minderheit gegen Störungen von seiten der Mehrheit zu schützen.

Der § 6 des Versammlungsgesetzes bezwecke gerade, den Behörden ein Mittel zur Vermeidung von Ruhestörungen ohne Gewaltanwendung in die Hand zu geben.

In dieser Angelegenheit hat der Ver-

fassungsgerichtshof heute seine Entscheidung bekanntgegeben.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes

Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, daß durch die angefochtenen Entscheidungen des Bundeskanzleramtes, durch welche die Versammlungen untersagt wurden, eine Verletzung der verfassungsmäßig gewährleisteten Versammlungsfreiheit stattgefunden habe. Die angefochtenen Entscheidungen wurden mit der Begründung aufgehoben, daß durch den Beschluß der provisorischen Nationalversammlung vom 30. Oktober 1918 das Versammlungsgesetz vom Jahre 1867 nicht aufgehoben wurde. Versammlungen unter freiem Himmel sind nach diesem Gesetze nur anzuzeigen, nicht aber von den Behörden zu bewilligen oder zu untersagen. Der Umstand, daß in einer anderen Gemeinde Unruhe vorgekommen sei, genüge nicht, um in den anderen Orten die Versammlungen nicht abhalten zu lassen, da die Behörde über genügende Mittel verfüge um bei Eintreten von Ruhestörungen die Versammlungen aufzulösen.

An die Adresse der Polizei!

Diese Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ist von großer Tragweite. Sie ist eine grundsätzliche Entscheidung.

Mit derselben Begründung wie in Bregenz maßte sich die Polizei in allen übrigen Ländern Oesterreichs und selbst in Wien das Recht an, Versammlungen der Arbeiter, Versammlungen der Kommunistischen Partei zu verbieten.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes ist klar:

Es gibt kein Versammlungsverbot mit der Begründung der Versammlungsstörung durch eine beliebige größere Partei.

es gibt kein Versammlungsverbot aus Gründen bevorstehender Ruhestörungen, wenn sie nicht von den Versammlungs-

teilnehmern, sondern von anderen Parteien herrühren. Mit der Begründung, daß Versammlungen der Kommunistischen Partei zu Ruhestörungen für andere Parteien Anlaß gäben, darf in Zukunft keine Versammlung mehr verboten werden.

Der Polizei ersticht im Gegenteil die Aufgabe und Pflicht, Versammlungen zu schützen, wenn sie von anderen Parteien bedroht sind.

Nur in einem Falle steht der Polizei als Exekutivgewalt des Staates das Recht zu, Versammlungen zu verbieten:

nämlich dann, wenn die Versammlungsteilnehmer oder die Einberufer selbst die Ruhe stören oder die Absicht zur Ruhestörung kundgetan haben.

Aber trotz übernommener Garantie für die geordnete Fortführung von Versammlungen und Demonstrationen die Versammlung zu verbieten, bloß, weil sie von Gegnern bedroht wird, — dieses Recht steht der Polizei nie und nimmer zu.

Die Berufung auf das Gesetz aus der Zeit der schwärzesten Monarchie wurde vom Verfassungsgerichtshof verworfen.

Die oberste Instanz, die in Verfassungsfragen der Republik zu entscheiden hat, hat ihr Urteil gefällt. Dieses Urteil ist inappellabel. Die Polizei hat von nun an nur eine Pflicht, nach dieser Entscheidung zu handeln. Der Verfassungsgerichtshof hat an die Adresse der Polizei gesprochen.

Wir wissen, die Behörden, die zum Großteil in den Händen von Monarchisten liegen, sind keine Garantie für die Durchführung der Versammlungsfreiheit

und der letzten Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes. Wachen werden aber über die Durchführung und den Schutz der Versammlungsfreiheit die werktätigen und die revolutionären Arbeiter

ten Führer, die das Staatsschiff in neue Bahnen lenken . . .

Wieder begeht Löbe einen Irrtum. Nicht die Unfähigkeit und die Unsachkundigkeit der Arbeiterfunktionäre ist es, sondern die Unmöglichkeit, mit einem kapitalistischen Staat sozialistisch zu regieren. Jeder solche Versuch muß scheitern. In Rußland haben die „unsachkundigen, ungelerten“ Arbeiter und Bauern den proletarischen Staat aufgebaut und leiten ihn. An der Unmöglichkeit, den kapitalistischen Staat sozialistisch zu leiten, wird die Sozialdemokratie in Deutschland wie überall zugrunde gehen.

Vom Tage.

Der Lustmörder Böttcher

Berlin, 12. Mai. (Wolff.) Nach Schluß der Voruntersuchung wird die Hauptverhandlung gegen den Raub- und Lustmörder Böttcher, der am 7. Mai vorigen Jahres bei Straußberg die Gräfin Lambsdorf und am 8. Juni v. J. die Schülerin Eckert bei Blankenburg ermordet hatte, Ende Juni beginnen. Böttcher ist außerdem angeklagt, in zahlreichen Fällen Frauen überfallen, beraubt und vergewaltigt zu haben.

Brandlegung im Moabiter Kriminal

Berlin, 12. Mai. (Wolff.) Im Kriminalgerichtgebäude in Moabit entdeckte man gestern abends auf dem Gang zwei Brandherde. Unmittelbar unten an den Türen war mit Petroleum getränktes, kleingespaltenes Holz aufgeschichtet und angezündet worden. Die Beamten erstickten leicht das Feuer, ohne daß die Feuerwehr gerufen werden mußte.

4 Millionen Schilling für die Zugspitzbahn

Die Korrespondenz Herzog meldet aus Reutte (Tirol): Die hiesige Gemeinde hat bei der Innsbrucker Sparkasse ein Darlehen von 4.000.000 S aufgenommen, die sie der Zugspitzbahn gegen ¼% Verwaltungsspesen und hypothekarische Sicherstellung für Investitionszwecke zur Verfügung stellte.

Verschiebung eines acht Stock hohen Hauses in Newyork

Der Staat Newyork hatte kürzlich ein Grundstück erworben, auf dem er ein Bürohaus errichten wollte. Dort befand sich auch ein acht Stock hohes Haus, das, da es sehr gut erhalten war, zu demolieren zu hohe Kosten verursacht hätte. Deshalb beschloß man, es zirka 130 Meter zu verschieben. Das Haus, das in Stahlrahmen ausgeführt ist und Eisenbetondecken hat, wiegt 4000 Tonnen. Die Säulen wurden auf Traversen genietet, das Haus ungefähr drei Meter gehoben und dann auf Stahlrollen niedergelassen. Durch Winden wurde das Haus mit einer Geschwindigkeit von 18 Zentimetern in der Minute bewegt. So „fuhr“ das Haus über eine Straßenkreuzung und wurde dann noch 15 Meter seitwärts bewegt. Die ganze Verschiebung wurde so tadellos ausgeführt, daß weder die Mauern noch der Verputz gelitten haben.

Die Regulierung des Bodensees

Die schweizerisch-badische Rhein-kommission hat ein Projekt über die Bodenseeregulierung ausarbeiten lassen, das sowohl die Frage des Hochwasserschutzes als auch die Verbesserung der Schifffahrt umfaßt. Zum Schutze gegen die jährlich wiederkehrende Ueberschwemmungsgefahr soll die Sohle der Fahrinne bei Konstanz um 80 Zentimeter vertieft werden, wodurch gleichzeitig die Mindestwasserhöhe um 100 bis 150 Raummeter erhöht werden soll. Die Gesamtkosten sollen 15 Millionen Franken betragen, wovon 8.5 Millionen auf die Regulierung, der Rest auf Schifffahrtsschleusen entfällt. Die Bauzeit soll 5½ bis 6 Jahre betragen. Durch die geplante Bodenseeregulierung soll die

Mindestleistung der bestehenden Rheinkraftwerke um 22 Prozent erhöht werden, was einem Anlagewert von 7 Millionen Franken entspricht. Der Bauwert der zehn geplanten Rheinkraftwerke erhöht sich je-

Sozialdemokratisches Blatt fordert zum Streikbruch auf

In Karlsruhe stehen seit April die Gipsler im Streik, weil die Unternehmer es ablehnten, in Lohnverhandlungen zu treten. In der Ausgabe vom 8. Mai des Karlsruher „Volksfreund“, das Blatt des ehrenwerten Sozialdemokraten Schöpflin, ist nun folgendes Inserat zu lesen:

Tüchtige Gipsler

werden ab Montag, den 9. Mai bei einem Stundenlohn von Mk. 1.37 gesucht.

Hermann Allmendinger, Karlsruhe, Melancthonstraße 2, Telefon 550.

Das sozialdemokratische Blatt, das hier ein Inserat zum Streikbruch annimmt, lehnt es ab, Inserate proletarischer Organisationen wie »Internationale Arbeiterhilfe«, »Rote Hilfe« usw. aufzunehmen und das Gewerkschaftskartell Karlsruhe empfiehlt dieses Streikbruchblatt als einzige Zeitung für Arbeiter!

— Ein Huhn mit 15 Beinen. Aus Mailand wird berichtet: In San Giralamo di Villarotto kam ein Huhn mit 15 Beinen und zwei Köpfen zur Welt. Das Tierchen lebt und ist ganz munter.

Vorträge im Technischen Museum. Sonntag, den 13. d., 10 Uhr vormittags, im großen Hörsaal: Lichtbildervortrag mit Filmvorführung „Das automatische Telefon“ von Ministerialrat Ing. F. Fuchs. Der Vortrag ist für alle Museumsbesucher frei zugänglich.

Abonniert DIE ROTE FAHNE

Gewerkschaftliches

Das Elend der Angestellten

Ein Appell an die Gemeinde Wien

Die Angestellten der Wiener Metallindustrie befinden sich in einem vertragslosen Zustand. Ihr Kollektivvertrag ist am 31. März 1925 abgelaufen und wurde nicht erneuert, weil sich die Verhandlungen über die Mindestgehälter zerschlagen haben. Die Angestellten beziehen im wahrsten Sinne des Wortes Hungerlöhne. Das bürgerliche Einigungsamt hat das Existenzminimum für einen Angestellten mit 200 S monatlich berechnet.

30 Prozent der männlichen Industrieangestellten beziehen Monatsgehälter unter 200 S und von den weiblichen Industrieangestellten sind es sogar 70 Prozent. Es gibt aber Fälle, wo Gehälter unter 100 S ausbezahlt werden.

Dabei müssen diese Angestellten, ohne Rücksicht auf die ungeheure Arbeitslosigkeit, Überstunden schuften, wofür sich begreiflicherweise bei solchen Hungerlöhnen so manche Angestellte zu ihren eigenen und zum Schaden ihrer arbeitslosen Kollegen hergeben. Sehr gerne stellen die Unternehmer Pensionisten ein, um durch diese den Lohn leichter drücken zu können, weil sie sich infolge ihres Pensionsbezuges eher herbeilassen, für solche Hungerlöhne zu schuften.

Zur Frage der Erneuerung des Kollektivvertrages nahm nun am Mittwoch beim „Grünen Tor“ in der Lerchenfelderstraße die Betriebsrätekonferenz der Angestellten der Metallindustrie Stellung.

In dieser berichtete der Sekretär Hofecker, daß in einem Unternehmen ein 49jähriger Angestellter mit 24jähriger Praxis eingestellt wurde, der 6 Monate hindurch als Volontär ohne Gehalt Dienst machen mußte.

In der Debatte wurde vorgeschlagen, die Gemeindeverwaltung zu ersuchen, daß sie bei Vergabung von Lieferungen nur solche Firmen berücksichtige, die ihre Angestellten anständig bezahlen. Daraufhin erklärte Gemeinderat Schön, der die Grüße des Metallarbeiterverbandes überbrachte, daß ein Gemeinderatsbeschuß bestehe, demzufolge bei Vergabung von Lieferungen darauf gesehen werde, daß solche Firmen berücksichtigt werden, die die Verträge mit ihren Arbeitern einhalten.

Es ist doch höchst sonderbar, daß trotz des Bestandes solch eines Beschlusses die Industrieangestellten in ihrer Konferenz an die rote Gemeinde Wien appellieren müssen, nur solchen Firmen Aufträge zu erteilen, die ihre Angestellten anständig bezahlen. Unter anständiger Bezahlung kann in diesem Falle nur

die Einhaltung des Kollektivvertrages gemeint sein, nachdem es verflucht wenig Unternehmer geben wird, die so anständig sind und über den Kollektivvertrag entlohnen.

Die Gemeinde Wien müßte aber bei Vergabung ihrer Aufträge nicht nur auf die Einhaltung der Kollektivverträge achten, sondern auch darauf, wie weit die in Betracht kommenden Firmen den nur zu bescheidenen Anforderungen der Arbeiter und Angestellten entsprechen.

Als Konsument ihren Einfluß auf die Lohnbewegungen weitgehendst auszuüben, müßte vor allem die Aufgabe der roten Gemeinde sein. Was nützt der sozialdemokratische Wahlsieg, wenn Arbeiter und Angestellte die rote Gemeinde auf diese ihre selbstverständliche Pflicht erst aufmerksam machen müssen, und wenn sich dann herausstellt, daß wohl diese Gemeinde diesbezügliche Beschlüsse gefaßt hat, von denen aber die Angestellten nichts verspüren, weil sie sonst in ihrer Konferenz an die Gemeinde Wien nicht appelliert hätten. Die Arbeiter und Angestellten müssen sich mehr als bisher um die Gemeinde Wien als Konsument kümmern, damit diese ihnen soweit als möglich, in ihrem Existenzkampf behilflich ist.

Leset und verbreitet Die Rote Fahne!

Der Streik der Ziegelarbeiter

Die Direktion der »Ziag« in Leopoldsdorf versucht wieder einmal die Streikenden einzuschüchtern. Sie ließ eine Bekanntmachung anschlagen, daß sie auch nach Beendigung des Streiks das Werk II. nicht mehr eröffnen wolle und daher

die Arbeiter nur nach Bedarf einstellen werde. Dieser Einschüchterungsversuch blieb aber wirkungslos, denn die Streikenden sind in guter Stimmung und entschlossen, in ihrem Kampfe auszuharren.

Wir haben schon darauf verwiesen, daß die Gemeinde Wien, als der größte Ziegelkonsument — ihr Bedarf in diesem Jahre beträgt ungefähr 70 Millionen Stück Ziegel, wovon ungefähr 10 Prozent im Gemeindebetrieb hergestellt werden — diesem Streik nicht teilnahmslos gegenüberstehen darf. Nun berichtet der »Abend«,

daß die Gemeinde fest entschlossen ist, in den Betrieben, die für sie liefern, solch eine Schandwirtschaft wie in Leopoldsdorf nicht zu dulden.

Diese Entschlossenheit der Gemeinde Wien kommt etwas spät. Warum wurde dieser Standpunkt von der Gemeinde Wien nicht schon zu einer Zeit eingenommen, als unser Arbeiterkorrespondent in der »Roten Fahne« auf diese Schandwirtschaft und die Pflichten der Gemeinde als Konsument verwiesen hat? Jetzt erst fand es die Gewerkschaft der Bauarbeiter für notwendig, diesbezüglich an die Gemeinde Wien heranzutreten, so daß, wie der »Abend« weiters berichtet, die Gemeinde der »Ziag« unzweideutig zu verstehen ge-

geben habe, wie die Gemeinde in diesem Punkte denkt.

In der am Mittwoch abgehaltenen Betriebsrätekonferenz der Angestellten der Metallindustrie, worüber wir an anderer Stelle berichten, erklärte der Gemeinderat Schön, daß laut Gemeindebeschuß nur jene Firmen städtische Lieferungen erhalten, welche ihre Verträge mit den Arbeitern und Angestellten einhalten, was selbstverständlich auch gegenüber der Metallindustrie beachtet werden muß. Daß dieser Beschuß nicht restlos eingehalten wurde, beweist die Tagung der Betriebsrätekonferenz der Angestellten. Doch dieser Beschuß ist unzureichend.

Warum sollen nur jene Firmen städtische Lieferungen erhalten, welche ihre Verträge mit den Arbeitern und Angestellten einhalten und nicht auch jene, wie im Fall der Ziegelarbeiter, welche auch gewillt sind, den äußerst bescheidenen Lohnforderungen der Arbeiter zu entsprechen?

Die »Arbeiter-Zeitung« veröffentlicht doch selbst die von den Ziegelwerken »Ziag« zur Auszahlung gelangten Hungerlöhne. Wenn sie dies tut, so genügt dies nicht, wenn sie nicht zugleich auch als Konsument ihren Einfluß geltend macht, daß diese Löhne entsprechend erhöht werden.

Daß es nun endlich so weit — nicht in der Theorie, sondern auch in der Praxis — kommt, dafür müssen die streikenden Ziegelarbeiter sowie alle jene in Betracht kommenden Arbeiter und Angestellten selbst sorgen. Wie berichtet, bemüht sich die »Inter-

nationale Arbeiterhilfe«, einen Teil der Kinder der Streikenden bei Wiener Familien unterzubringen. Solche Familien, die Kinder auf die Streikdauer zu sich nehmen wollen, werden ersucht,

ihre Anschrift der »Internationalen Arbeiterhilfe«, I., Bauernmarkt 1, bekanntzugeben.

Für die Kinder der Streikenden werden von der »Internationalen Arbeiterhilfe« bis auf weiteres täglich 50 Liter Milch und 50 Laib Brot verteilt.

In der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Wienerberger Streikenden waren die Betriebsräte des großen Gemeindebaues in der Sandleitengasse im XVIII. Bezirk anwesend und versprachen helfend einzugreifen. Gestern erhielten die Streikenden von diesen Bauarbeitern einen Scheck auf 100 Schilling, welcher Betrag zum Ankauf von Lebensmitteln verwendet wird.

Es ist dringend notwendig, daß auch Arbeiter und Angestellte von anderen Betrieben dem Beispiel dieser Bauarbeiter des Gemeindebaues im XVIII. Bezirke folgen.

Richtigstellung

In unserem gestrigen Bericht soll es nicht lauten, daß die Direktion der »Ziag« die Streikenden obdachlos machen will, sondern jene, welche als Saisonarbeiter im Vorjahre entlassen wurden und heuer noch nicht aufgenommen worden sind. Selbstverständlich darf auch diese Delogierung von der Arbeiterschaft nicht geduldet werden.

Der Pascha vom Werk Oberdorf

Wir haben schon öfter zu den schon mehr wie seltsamen Methoden des Herrn Bötger, des Betriebsleiters des Werkes Oberdorf bei Voitsberg, Stellung genommen. Was sich aber dieser Herr in der letzten Zeit erlaubt hat, übersteigt schon jede Grenze. Er glaubt anscheinend, daß er sich im Betrieb als eine Art Sklavenhalter betätigen kann. Der Herr dürfte glauben, daß er mit den Arbeitern heute so umspringen kann wie irgend ein eingebildeter Löffel von einem Leutnant unter der ehemaligen Monarchie mit seinen »Rekruten. Jedenfalls fühlt er sich wie ein kleiner Herrgott.

Montag, den 2. Mai entließ er den Betriebsrat Genossen Paulin ohne jede Kündigung, angeblich wegen eines Vergehens gegen die Dienstordnung; in Wirklichkeit aber deshalb, weil ihm der kommunistische Betriebsrat unangenehm ist.

Schon vor ein paar Monaten überstellte er den Gen. Paulin von der Grube zu dem Schmelofen als Nachtwächter, was eine starke Schmälerung seines Verdienstes bedeutete, und zwar von über sieben Schilling pro Schicht auf nur S 4 25. Als Genosse Paulin ihn ersuchte, ihn wieder in die Grube zu versetzen, da er alte, arbeitsfähige Eltern erhalten müsse, schrieb ihm Bötger an, daß er, der Betriebsrat, überhaupt nichts zu reden hätte, daß

er, Bötger, die Leute einteilen werde und nur er im Betriebe zu diktieren hätte.

Was für ein feiner Vogel dieser Herr ist, zeigt, was er sich seinerzeit gegen Paulin, der im Wohnungsausschuß ist, erlaubte. Als er einmal mit einem Kollegen intervenierte, meinte Bötger zu diesem Arbeiter, wozu er einen Kaplan mitbrauche. Als ein andermal ein Arbeiter ohne Betriebsrat bei ihm war, hatte er wieder nichts anderes zu tun, als diesen anzufahren, weil er nicht in Begleitung eines Betriebsrates erschienen ist.

Genosse Paulin wurde als Nachtwächter zum Schmelofen versetzt.

Dort verlangte der Werkmeister Magerl, auch ein großer Leuteschinder und würdig seines Herrn und Meisters Bötger, daß er während seines Dienstes als Nachtwächter auch verschiedene Arbeiten verrichte, trotzdem nach dem Kollektivvertrag der Nachtwächter keinerlei Arbeiten zu leisten hat.

Genosse Paulin weigerte sich auch nicht, nur verlangte er, daß er nicht nach dem Nachtwächtertarif entlohnt werde, sondern nach dem eines Arbeiters ober Tag. Bötger wollte aber davon nichts wissen.

So stellte Genosse Paulin mit Recht

am 29. April die Arbeit, für die er nichts bezahlt bekommen hatte, ein und versah in weiterem nur mehr seine Obliegenheiten als Nachtwächter.

Und dann beging Genosse Paulin noch ein furchtbares Verbrechen. Er fuhr mit ein paar Kollegen mit dem Aufzug auf das oberste Plateau des Schmelofens, was bei den Protektionskindern des Herrn Bötger anstandslos gestattet wurde. Aber bei Genossen Paulin hatte das bekannte Werkschließer Pagger nichts anderes zu tun, als es heillos dem Werkmeister Magerl zu hinterbringen. Auch eine nette Gestalt von einem Arbeiter, der, um sich selbst Liebkind zu machen, seine Kollegen verteuflert.

Auf das hinauf ließ der Betriebsleiter Bötger Genossen Paulin zu sich rufen und teilte ihm mit, daß er aus obigen Gründen fristlos entlassen sei. Der

sozialdemokratische Betriebsratsobmann, Schmelzer, lehnte es ab, deshalb zum Betriebsleiter intervenieren zu gehen. Er verbarg das unter der scheinheiligen Ausrede, daß lieber Genosse Magerl, der Betriebsratsobmannstellvertreter ist, zum Betriebsleiter gehen solle. Wer aber Schmelzer kennt, weiß, daß es bei ihm lediglich die Angst ist, die ihn bewegt, sich von jeder Intervention zu drücken. Er tut auch alles, um sich bei Bötger schön zu machen. Auffällig ist ja auch schon immer gewesen, daß die sozialdemokratischen Betriebsräte immer auf solchen Nummern sind, wo sie einen höheren Verdienst erzielen können, während von den kommunistischen Betriebsräten einer am Tagbau ist und der andere gar als Nachtwächter gehen mußte. Die

Einheitsfront zwischen dem Betriebsleiter und den sozialdemokratischen Betriebsräten

ist also gar zu augenscheinlich. Der Sozialdemokrat Klement hat sich auch geäußert, daß mit den Kommunisten im Betriebsrat Oberdorf Schluß gemacht werden muß. Wohin der Kurs des Betriebsleiters und der »revolutionären« Sozialdemokraten steuert, ist da wohl nur zu klar zu sehen.

Die Gründe, wegen welcher Genosse Paulin angeblich entlassen wurde, sind aber selbst vom Standpunkt des Betriebsratgesetzes aus durchaus ungerechtfertigt. Im ersten Fall handelt es sich um kollektivvertragliche Bestimmungen und im zweiten Fall ist es höchstens ein Vergehen gegen die Dienstordnung und nach § 3 des Betriebsratgesetzes dürfen Disziplinarstrafen nur mit Zustimmung des Disziplinarausschusses verhängt werden. Diese Zustimmung wurde nicht einmal verlangt, geschweige

den gegeben. Der Herr Bötger hat sich also hier eine

krasse Gesetzesverletzung

zuschulden kommen lassen, die der entlassene Betriebsrat nicht so ohne weiters hingehen lassen wird. Da wird auch das Einigungsamt noch ein Wortlein zu reden haben.

Wir hätten diese Angelegenheit nicht so ausführlich behandelt, wenn sie nicht so deutlich zeigen würde, wie den Unternehmern und ihren Knechten der Kamm gestiegen ist. Trotz sozialdemokratischem Wahlerfolg machen sie weiterhin ihre unverschämten Vorstöße gegen revolutionäre Arbeiter. Hier hilft nicht der Stimmzettel, sondern nur der von den Kommunisten vertretene einheitliche außerparlamentarische Kampf. (Arb.-Korr.)

Das neue Arbeitsamt für das Baugewerbe in Wien

Nach langen schwierigen Verhandlungen und Besprechungen ist es endlich dem Verwaltungsausschuß des Arbeitsnachweises für das Baugewerbe am 28. Juni 1926 gelungen, mit dem Bau eines neuen Arbeitsamtes zu beginnen. Die Bauarbeiten sind soweit vorgeschritten, daß Ende der laufenden Woche die Uebersiedlung in das neue Gebäude, das sich in der Herbststraße Nr. 6—10 befindet, durchgeführt wird. Montag den 16. d. M. wird dort schon amtiert.

Aus dem sozialdemokratischen Korruptionssumpf

Die Taten ihrer Führer Eisler, Gruener, Eldersch und Konsorten lassen auch die kleinen Unterbonzen nicht ruhen. Es wäre ja auch auf der Welt höchst ungerecht eingeteilt, wenn sich solche Dinge nur die ganz Großen erlauben dürften. Etwas muß doch auch für den »kleinen Mann« getan werden. So abgelesen und fern jedes »Weltverkehrs« auch Bärnbach bei Voitsberg gelegen ist, so ist doch von den Großtaten der Eisler und »Freunde« auch schon dorthin Kunde gedrungen. Der »Rote Kumpel«, das Organ der kommunistischen Betriebszellen des Köflacher Reviere, berichtete schon vor längerer Zeit über eine erbauliche Geschichte, die die sozialdemokratischen Betriebsräte Grifta und Schmelzer als Hauptthelden hatte.

Das kostete damals die Kasse des Betriebsrates Oberdorf über 100 Schilling.

Grifta ist auch einer der Hauptmacher der Sozialdemokraten im Gemeinderat und da ist wieder ein schönes Geschichtchen über ihn bekanntgeworden.

Als, wie alle Jahre, auch heuer der Gemeindegrund verteilt wurde, erhielten nicht die Aermsten die größten und schönsten Grundstücke, sondern ein paar Protektionskinder. Wohl wurde der Grund ursprünglich von der Gemeinde dazu angekauft, daß auch für die Gemeindegemeinen ein Stückchen Grund da wäre. Es ist diesmal wie immer anders gekommen.

So erhielt das sozialdemokratische Bönzchen Grifta 900 Quadratmeter, während andere, die weit bedürftiger sind, nichts erhalten haben.

Das, trotzdem Grifta von der GKB, sowieso genügend Grund erhalten hat.

Ein armer alter Bergarbeiter wiederum, der keine Pension erhält und vom Werk kein Stückchen Grund erhalten hat, bekommt selbstverständlich auch von der Gemeinde nichts. Dafür aber der Herr Gemeinderat... Und dabei ist Bärnbach eine sogenannte »rote« Gemeinde.

Die Sozialdemokraten nützen hier ihre Machtstellung noch in anderer Weise aus. Verbreiten sie doch vor den Wahlen das Gerücht, daß jeder der kommunistisch wähle, keinen Gemeindeacker erhalte. Was das bei den Wahlschwindeln am Lande bedeutet, weiß ja jeder.

Die Arbeiter von Bärnbach, die schon bei anderen Gelegenheiten die korrupte Wirtschaft der sozialdemokratischen Mehrheit beobachten konnten werden gut tun, den Gemeinde»vätern« etwas mehr auf die Finger zu sehen. Sie werden aber auch bei den Gemeinderatswahlen im Jahre 1928 den Herrschaften für ihre Lotteriewirtschaft die nötige Antwort geben. ((Arb.-Korr.))

Ein netter Vertrauensmann

Beim Straßenbau in Geistthal bei Voitsberg ist auch ein gewisser Kaiser beschäftigt, der dort sich als Vertrauensmann aufspielt. Einer der dort beschäftigten Arbeiter erklärte, einen Raummeter Erdabgrabung unter 220 S im Akkord nicht übernehmen zu können.

Flugs fand sich jener Kaiser, der eine schlechtere Arbeit um 1.60 S pro Meter leisten wollte und schließlich sogar auf 1.40 Schilling herunterging.

Nach einigen Tagen sah er aber ein, daß er sich geschnitten hatte und erklärte einigen Arbeitern gegenüber, daß ein Vertrauensmann eigentlich doch nicht im Akkord arbeiten solle und sah sich wieder nach einer Regiearbeit um.

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß sich die Arbeiterschaft durch nichts so sehr schädigt, wie durch Akkordarbeit. Besonders traurig ist es jedoch, wenn sich

ein Vertrauensmann der Gewerkschaft dazu hergibt, den Akkord zu drücken.

Das zeigt wieder, daß sich die Arbeiter die Leute, die sie zu ihren Vertrauensleuten bestimmen, viel genauer anschauen sollen, damit nicht, wie in diesem Falle, Leute zu solchen Funktionen kommen, die die Arbeiter nur schädigen. ((Arb.-Korr.))

Wie im Burgenland Arbeitslose schikanieren werden

Einer unerhörten Schikane der Industriellen Bezirkskommission sind besonders die arbeitslosen Frauen im Burgenland ausgesetzt. Vom Arbeitslosenamt bekommen sie einen Schein ausgefolgt, damit sie Arbeit suchen gehen. Diese Frauen müssen von einem Betrieb zum anderen wandern, um sich beschäftigen zu lassen, daß sie — nicht aufgenommen werden

können. Das ist natürlich eine blödsinnige Schikane. Wenn ein Unternehmer Arbeitskräfte benötigt, wird er sie vom Arbeitslosenamt anfordern, welches dazu da ist, die Arbeitslosen nach Bedarf zu vermitteln. So müssen die arbeitslosen Frauen vergebens von einer Firma zur anderen wandern und, um nicht totmüde zu werden, von ihrer kärglichen Unterstützung noch Fahrtspesen tragen. Es ist die höchste Zeit, daß gegen solch einen Unfug der Industriellen Bezirkskommissionen Stellung genommen wird.

Aus der Partei

Heute Freitag:

ZK.-Sitzung 7 Uhr Sekr.

Versammlungsanzeiger

Heute Freitag:

Leopoldstadt, Zelle »Prater«, 7/8 Uhr Gasth. Weiß, Lassallestr. 50. Zelle »Kaisermühlen«, 7/8 Uhr Gasth. Steiner, Bellegardeg. — Mariahilf, Vers. 7 Uhr, Gasthaus Seidl, Hirscheng. 13. — Brigittenau, Bezirksparteiarbeiterkonferenz, 7 Uhr, Park-Cafe, Allerheiligenplatz — Währing, Mitgl.-Vers. 7/8 Uhr, Kremers Gasthaus, Schulgasse 85, Referent der Zentrale.

Gewerksch. Versammlungen

Heute Freitag:

Textilarbeiter, Sitzung d. Komfraktionsleitung 7 Uhr im Gewerkschaftssek.

Kommunist. Jugendverband

Zentrales Thema: Die 7. Internationale Kinderwoche.

Heute Freitag:

Agitpropressort, 7 Uhr Jugendsek.

Gruppe III, Kölblgasse 15, Tessinsky. — Gruppe XVII, Reisinger.

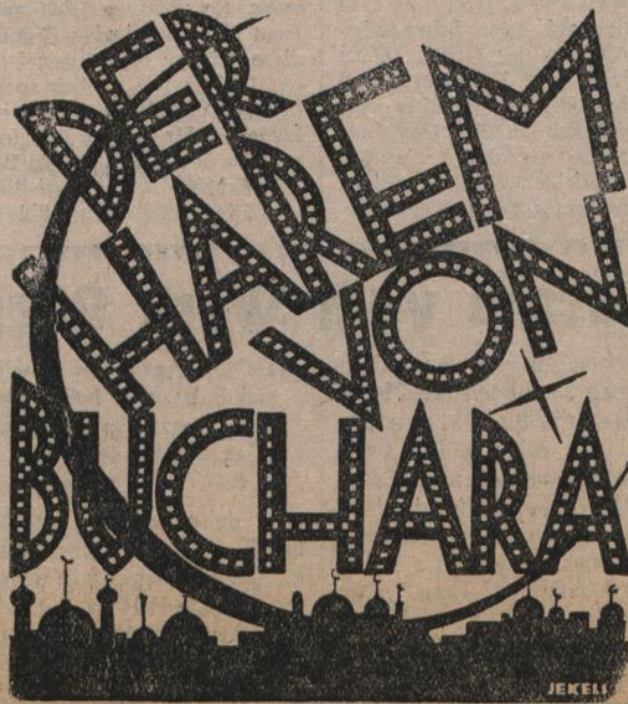
Morgen Samstag:

Agitpropkonferenz punkt 4 Uhr II., Arbeiterh., Blumauerg. 1. Tagesordn.: Die Selbstbildung des jungen Kommunisten. Teilnahmeverpflichtet sind alle Agitpropleiter u. Gruppenreferenten, sowie alle Leiter von Kursen im Winter 1926/27 und alle mit Agitprop- und Gewerkschaftsarbeit beschäftigten Genossen. Die Ortsgruppenobmänner sind für das Erscheinen der einzelnen Delegierten verantwortlich.

Kindergruppenleitersitz, 4 Uhr. Alle KGL, haben zu erscheinen.

THEATER VON HEUTE

Burgtheater: Paulus unter den Juden. 7.30 Uhr. Akademietheater: Komtesse Mitzi, Das Veilchen. 7.30 Uhr. Oper: Tote



Spannende Handlung — Märchenhafte orientalische Pracht — Massenszenen von kolossaler Wirkung!
Im Original-Orient-Prunkfilm des Goskino

Ab heute:

GARTENBAU-KINO, I,
OPERN-KINO, I,
SCHOTTENRING-KINO, I,
BUSCH-KINO, II,
EOS-KINO, III.

HAYDN-KINO, VI,
KOLOSSEUM-KINO, IX,
FLIEGER-KINO, IX,
KINO WELTSPIEGEL, XVI,
LICHTSPIELTHEATER HERNALS, XVII.

Ab Dienstag:

IMPERIAL-KINO, I,
KINO EISENBAHNERHEIM, V,
STAFI-KINO, VII.

ARBEITERHEIM-KINO, XVI,
LICHTSPIELE FLORIDSDORF, XXI.

Monopol. Nema-Film.

Nam-Bok, der Lügner

Erzählung von Jack London.
(4. Fortsetzung.)

»Sie vermehren sich gar nicht. Die Menschen machen sie sinnreich aus Eisen, füttern sie mit Steinen und geben ihnen Wasser zu trinken. Die Steine werden zu Feuer, und das Wasser wird zu Dampf, und der Wasserdampf ist der Atem in ihren Nüstern, und —«

»So, so, oh Nam-Bok,« unterbrach Opee-Kwan ihn. »Erzähl uns von andern Wundern. Dieses ermüdet uns, da wir es nicht verstehen können.«

»Versteht ihr es nicht?« fragte Nam-Bok verzweifelt.

»Nein, wir verstehen es nicht,« antworteten Männer und Frauen klagend. »Wir können es nicht verstehen.«

Nam-Bok dachte an eine komplizierte Nähmaschine und an die Maschinen, in denen man Bilder lebender Menschen sehen konnte, und an die Maschinen, aus denen Menschenstimmen kamen, und er wußte, daß sein Volk sie nie verstehen würde.

»Darf ich sagen, daß ich auf diesem eisernen Ungeheuer durch das Land ritt?« fragte er bitter.

Opee-Kwan hob die Hände mit nach außen gekehrten Flächen in offenbarem

Unglauben. »Weiter, sag, was du willst. Wir lauschen.«

»Ja, dann ritt ich auf diesem Ungeheuer und gab Geld dafür —«

»Du sagtest doch, es würde mit Steinen gefüttert.«

»Und ich sagte auch, du Narr, daß Geld etwas sei, wovon ihr nichts versteht. Wie gesagt, ich ritt auf dem Ungeheuer durch das Land und durch viele Dörfer, bis ich in ein großes Dorf an einem salzigen Meeresarm kam. Und die Häuser hoben ihre Dächer ganz bis zwischen die Sterne des Himmels, und die Wolken trieben an ihnen vorbei, und überall war viel Rauch. Und der Lärm in dem Dorf war wie das Brüllen des Meeres im Sturm, und die Menschen waren so zahlreich, daß ich meinen Stock fortwarf und nicht mehr an die Kerben dachte.«

»Hättest du die Kerben ganz klein gemacht,« sagte Kogaah vorwurfsvoll, »so hättest du uns die Nachricht bringen können.«

Nam-Bok schnellte sich zornig zu ihm herum. »Wenn ich die Kerben ganz klein gemacht hätte! Hör zu, Koogah, du Knochenkratzer! Wenn ich die Kerben auch ganz klein gemacht hätte, so würde doch weder Stock, noch zwanzig Stücke — ja, nicht einmal alles Treibholz am ganzen Strande zwischen diesem

Dorf und dem nächsten für sie Platz gehabt haben. Und wenn ihr alle, Frauen und Kinder inbegriffen, zwanzigmal so viele wäret und jeder zwanzig Hände und einen Stock und ein Messer in jeder Hand hättet, so könntet ihr doch nicht Kerben schneiden für alle Menschen, die ich sah, so viele waren es, und so schnell kamen und gingen sie.«

»So viele Menschen kann es in der ganzen Welt nicht geben,« wandte Opee-Kwan, halb betäubt, ein, denn sein Sinn konnte eine solche Zahl nicht fassen.

»Was weißt du von der ganzen Welt und davon, wie groß sie ist?« fragte Nam-Bok.

»Aber es können doch nicht so viele Menschen an einem Ort sein.«

»Es kann sich doch jeder selbst sagen, daß nicht so viele Menschen an einem Ort sein können. Ihre Kanus würden ja das ganze Meer füllen, so daß kein Platz mehr wäre. Und sie könnten jeden Tag das Meer von Fischen leeren und würden doch nicht Nahrung genug haben.«

»So sollte es scheinen,« lautete Nam-Boks entgültige Antwort. »Aber dennoch war es so. Ich sah es mit meinen eigenen Augen, und ich warf meinen Stock weg.«

Er gähnte tief und erhob sich. »Ich bin weit gerudert. Der Tag ist

Stadt, 7 Uhr, Volkstheater: Hamlet, 8 Uhr, Josefstädter Theater: Der gute Kamerad, 7.30 Uhr, Volksoper: Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren, 7.30 Uhr, Kammer-spiele: Duell der Liebe, 7.30 Uhr, Stadttheater: Wien lacht wieder, 7.30 Uhr, Raimundtheater: Geschlossen, Bürger-theater: Cagliostro in Wien, 7.30 Uhr, Theater an der Wien: Die Königin, 7.30 Uhr, Straußtheater: Glück in der Liebe, 8 Uhr, Lustspieltheater: Sprungbrett der Liebe, 8 Uhr, Modernes Theater: Die Art sich hinzugeben, 8 Uhr, Renaissancebühne: Frau auf Anteilscheine, 8 Uhr, Rolandbühne: Meine Tochter Otto, 7.45 Uhr.

RADIO-PROGRAMM

Heute Freitag:

11 Uhr: Vormittagsmusik.
16 Uhr: Nachmittagskonzert.
17.45 Uhr: Wochenbericht für Sport und Fremdenverkehr.
18 Uhr: Die Theaterstadt Wien und die Festwochen.
18.10 Uhr: Musikalische Formenlehre.
19 Uhr: Französischer Sprachkurs für Vorgeschrittene.
19.30 Uhr: Englischer Sprachkurs für Anfänger.
20.05 Uhr: »Der Rose Pilgerfahrt«.
21.30 Uhr: Hausmusik des Quartett Tautenhayn.

Osterreichische Arbeiterhilfe

KRIEG und BÜRGERKRIEG in CHINA!

Darüber sprechen Pöchien und Wang (China) und Dr. München-Helfer, Bibliothekar der Arbeiterkammer (Wien) im Lichtbildervortrag

Heute, Freitag, um halb 8 Uhr abends in Weigls Altdeutschem Saal, Wien, XII., Schönbrunnerstraße (Linie 63 und L).

Niemand versäume diesen aktuellen Vortrag! Protestiert gegen den bestialischen Mord in Peking! —

Eigentümer und Verleger: Kommunistische Partei, Wien, VIII., Alserstraße 69. — Herausgeber: Johann Koplenig, Wien. — Verantwortlicher Redakteur: F. Hexmann, Wien, IX., Pramerstraße 6. — Druckerei: »Melantrieb« A.-G., Wien, IX., Pramer 6.

TOURISTENPROVIANT enorm billig!

Dauerwürste 1/4 kg nur 90 g
Feine Polnische 1/4 kg nur S 1.10
Schinken per 10 dkg nur 90 g
Burenwurst } 1/4 kg nur 60 g
Oderberger }
Braunschweiger }
Schmitzkäse 1/4 kg nur 60 g
Sardinen per Dose nur 73 g
usw. alles ca. 20 Prozent billiger

Nur direkt in der Delikatessengrosshandlung

JAHN IX, Zimmermangasse
Ecke Kinderspitalgasse

Strassenbahn: 43-er, C, N, V, 8-er Wagen
Stadtbahn: Alserstrasse — GEBÜNDET 1900

lang gewesen, und ich bin müde. Jetzt will ich schlafen, und morgen werden wir mehr von den Dingen reden, die ich gesehen habe.«

Bask-Wah-Wan humpelte ängstlich vor, zwar stolz, aber dennoch besorgt um ihren wunderbaren Sohn, und führte ihn in ihr Igloo, wo sie ihn in die fettigen, überduftenden Felle stopfte. Die Männer aber blieben am Feuer sitzen und hielten Rat mit vielem Flüstern und leiser Rede und Widerrede.

Eine Stunde verging und noch eine, und Nam-Bok schlief, während die Beratung ihren Fortgang nahm. Die Abendsonne sank im Nordwesten, und um elf Uhr stand sie fast genau im Norden.

Da verließen der Häuptling und der Beinschnitzer den Rat, gingen zu Nam-Bok und weckten ihn. Er blinzelte sie an und drehte sich auf die andere Seite, um weiterzuschlafen. Aber Opee-Kwan ergriff ihn am Arm und schüttelte ihn freundlich, aber bestimmt, bis er zu sich kam.

»Komm, Nam-Bok, steh auf!« befahl er. »Es ist Zeit.«

»Wieder ein Schmaus?« rief Nam-Bok. »Nein, ich bin nicht hungrig. EBt ihr nur weiter und laßt mich schlafen.«

»Es ist Zeit, daß du gehst!« donnerte Koogah.

(Schluß folgt.)